

Meißner Fachtagung bringt AktivistInnen für die Rechte der ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie und ExpertInnen der informellen Wirtschaft zusammen

Nina Ascoly

Der Lohn ist so niedrig, dass es Monat für Monat ein Kampf ist, deine Rechnungen zu bezahlen; die lange Arbeitsstunden lassen kaum Zeit für die Kinder, im Gegenteil, manchmal müssen sie bei der Arbeit sogar noch mithelfen, um die knappe Abgabefrist einzuhalten; die Arbeitsbedingungen machen dich krank, doch eine Krankenversicherung kannst du dir nicht leisten und Krankengeld bekommst du nicht, geschweige denn irgendwelche anderen Ersatzzahlungen; den Lohn bekommst du erst nach Monaten und weißt eigentlich nie, wann es das nächste Mal einen Job und Geld gibt. Eine Gewerkschaft, die dir helfen könnte, mit schwierigen Arbeitgebern zu verhandeln, gibt es nicht. Du bist erschöpft von der Arbeit, aber für die Regierung existierst du nicht als „ArbeiterIn“, weil du zu Hause bzw. in der illegalen Werkstatt nähst oder Schuhe klebst, oder einfach deshalb, weil dir die Fabrik keinen ordentlichen Arbeitsvertrag gibt. – Das ist kein Alptraum, sondern die Realität für tausende Frauen, die weltweit informell in der Bekleidungsindustrie schuften.

Tatsache ist: die Informalisierung, d.h. die Schaffung von Jobs zu den oben beschriebenen Bedingungen, ist in der Bekleidungsindustrie im Aufsteigen begriffen. Dieser Tendenz Rechnung tragend, haben IRENE, das International Restructuring Education Network Europe, die Clean Clothes Campaign (CCC) und die Evangelische Akademie Meissen am 23. – 25. September 2004 eine Fachtagung einberufen, um die so dringend benötigten Strategien zur Verteidigung der Rechte der ArbeiterInnen in der informellen Wirtschaft zu entwickeln.

Das Ziel war, die Prioritäten der informellen ArbeiterInnen und die Handlungsoptionen internationaler Solidaritätskampagnen zur Durchsetzung dieser Prioritäten zu herauszuarbeiten. Fünfundvierzig TeilnehmerInnen aus 20 Staaten kamen zu der Tagung nach Meissen, Deutschland., darunter VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gewerkschaften aus den Ländern, in denen Bekleidung hergestellt und aus denen, wo sie verkauft wird.¹

Ein dauerhaftes Engagement für die Probleme der informellen Wirtschaft

Die Vorbereitungen für die Tagung begannen im Januar 2004, doch schon 2001 auf einer internationalen CCC-Strategietagung, die die informelle Wirtschaft als eines der vorrangigen Handlungsfelder definierte, bekundete das CCC-Netzwerk ein ausdrückliches Interesse an Kampagnenstrategien zur Verbesserung der Lage in der informellen Wirtschaft². Anneke van Luijken³ zu Folge hat auch IRENE, Mitglied des niederländischen CCC-Netzwerks, seit Jahren Anstrengungen unternommen, die Probleme der informellen Wirtschaft zu beleuchten.

„In jüngster Zeit befassen sich mehr und mehr Bündnisse von Gewerkschaften und NRO mit diesen Problemen, während zu der Zeit, als wir damit anfangen, kaum jemand begriff, wovon die Rede war“, erklärte Van Luijken. „Wir wollen herausfinden, wie man Kampagnen zur informellen Wirtschaft organisiert.“

Um den Diskussionsrahmen der Kampagnenstrategie-debatte klarer zu umreißen, konstituierte sich eine 19-köpfige internationale Steuerungsgruppe, deren Mitglieder aus 12 Ländern kamen. Ihre Aufgabe war es, den gesamten Vorbereitungsprozess der Fachtagung beratend zu begleiten. Alle TeilnehmerInnen erhielten im Voraus das speziell für die Tagung vorbereitete Hintergrundpapier von IRENE/CCC „Die globale Bekleidungsindustrie und die informelle Wirtschaft: Zentrale Problemfelder für Akteure auf dem Feld von

¹ Die Tagung wurde möglich dank der finanziellen Unterstützung durch die Evangelische Akademie Meissen (die Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens), das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, IRENE (International Restructuring Education Network Europe), die Human Rights at Work Stiftung, den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), die Friedrich-Ebert-Stiftung, FNV Mondiaal (Niederländische Gewerkschaftsföderation), Catholic Fund Overseas Development (CAFOD), und EuropeAID (Budgetlinie B7-6000, jetzt 21-02-03).

² Einzelheiten zur Tagung s. den Bericht „Clean Clothes International Meeting“ vom März 2001 auf der CCC-Website <http://www.cleanclothes.org/news.htm>.

³ Berichte dazu unter <http://www.irene-network.nl/>.

Arbeitsrechten“ (Ascoly, 2004). Dieses stellte den TeilnehmerInnen die notwendige allgemeine Basisinformation zur Verfügung.⁴

Um der Strategiedebatte eine solide Grundlage zu geben, begann die Tagung mit einem Informationsaustausch über Schlüsselprobleme der informellen BekleidungsarbeiterInnen wie z.B. rechtliche und Organisationsfragen und Berichten zur aktuellen Situation der ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie in verschiedenen Teilen der Erde.

Definierung der informellen Wirtschaft

Ausgangspunkt der Debatte war der Versuch einer exakten Beschreibung der informellen Wirtschaft.

„Seit mehr als 30 Jahren wird darüber diskutiert, was denn nun informelle Wirtschaft und informelle Arbeit sind und warum Frauen hier arbeiten“, sagte Jini Park vom Committee for Asian Women (CAW), einer regional aktiven NRO, die die informelle Wirtschaft in verschiedenen Branchen in Ostasien untersucht. Park sprach sich dafür aus, die Definition der informellen Wirtschaft weiter auszulegen.

Das (herkömmliche) Konzept sei in den 70-ern eingeführt worden, um von der Lohnarbeit abzugrenzen, und beziehe sich vor allem auf Selbstbeschäftigung, so Park. Die Logik sei simpel: die Welt sei in Selbstbeschäftigte und LohnarbeiterInnen unterteilt, wobei man davon ausging, dass die informelle Wirtschaft mit fortschreitender Entwicklung der Industrie von dem formellen Sektor absorbiert werden würde.

„Doch heute haben wir eine ganz andere Situation als die, die vor 30 Jahren erwartet wurde“, sagte Park, „und das ist die allgegenwärtige Expansion der informellen Wirtschaft. Neue Jobs entstehen vornehmlich in der informellen Wirtschaft. Viele existierende Jobs verwandeln sich und werden informell.“

Die informelle Wirtschaft bezieht sich auf ArbeiterInnen, die nicht von den regulativen Rahmensystemen geschützt und sehr gefährdet sind, erklärte Park. Sowohl selbstständige (self-employed) als auch selbstbeschäftigte Arbeit (own-account work) seien mitunter als informelle Erwerbstätigkeit zu betrachten.

Dilek Hattatoglu von der Mugla-Universität und der türkischen Arbeitsgruppe „Heimarbeit“ argumentierte ebenfalls im Sinne einer weiteren Begriffsdefinition, um der Arbeit im Heim gerecht zu werden. Sie plädierte für den Begriff "heimbasierte ArbeiterInnen" (home-based workers) an Stelle von „HeimarbeiterInnen“ (homeworkers). Seit es die ILO-Konvention über Heimarbeit gibt, erklärte sie, wird Heimarbeit als abhängige Arbeit definiert. Selbstbeschäftigte ArbeiterInnen seien zu Hause genauso abhängig tätig. Deshalb sei der Begriff „heimbasiert“ vorzuziehen, schließe er doch beide Kategorien von ArbeiterInnen ein.

Park bemerkte, dass auf dem Lohnarbeitsmarkt der Anteil informeller Beschäftigung sehr hoch sei. „In Großunternehmen kann man viele verschiedene Formen von Arbeitsverhältnissen und ArbeiterInnen mit unterschiedlichem Status finden; sogar in ein- und derselben Fabrik findet man ArbeiterInnen, die direkt und andere, die bei einer ganz anderen Firma, z.B. einem Unterauftragnehmer, angestellt sind. - Warum wir unsere Definition der informellen Wirtschaft erweitern müssen? Wenn wir uns an die herkömmliche halten – StraßenhändlerInnen, HeimarbeiterInnen, Selbstbeschäftigte u.a.m., dann lassen wir sehr viele Menschen außer Acht.“

„Hinsichtlich der Leih- oder ZeitarbeiterInnen in den Fabriken sagen die Gewerkschaften oft, sie sind nicht Mitglied bei uns. Einige Organisationen befassen sich mit den Problemen von heimbasierten ArbeiterInnen oder StraßenhändlerInnen, doch da gibt es die verschiedensten undefinierbaren nichtorganisierten ArbeiterInnen, was wird aus denen?“ fragte Park. „Wenn wir eine breitere Definition annehmen, um all diejenigen zu erfassen, die nicht mehr in der formellen Wirtschaft tätig sind, werden wir begreifen, wo wir zusammenarbeiten können.“

Park erläuterte, dass sich CAW, als es 1981 gegründet wurde, auf die formelle Wirtschaft konzentrierte. Mitte der 90-er untersuchte CAW, was im Zuge des industriellen Strukturwandels einer Region mit den Frauen passierte und veröffentlichte darüber das Buch „Seide und Stahl“. Die Ergebnisse bewogen die NRO dazu, den Blickwinkel zu erweitern und die informelle Wirtschaft näher unter die Lupe zu nehmen.

⁴ Das Hintergrundpapier kann von (www.cleanclothes.org) bzw. (www.irene-network.nl) heruntergeladen werden.

„Nach der Schließung vieler Fabriken verschwanden die Frauen aus der formellen Wirtschaft, und wenn wir uns nur mit der formellen Wirtschaft beschäftigen, können wir sie nicht finden“, so Park. „So hat CAW die Verbindung zwischen formeller und informeller Wirtschaft gefunden: wir verfolgen die Lebenssituationen der Frauen.“

Sie betonte, dass unter den Arbeiterinnen, die sich zwischen formeller und informeller Beschäftigung hin- und herbewegen, auch Aktivistinnen sind, die wegen ihrer Organisationsarbeit gefeuert werden.

Rohini Hensman von der Union Research Group in Mumbai, Indien, beschrieb die Lage der informellen Arbeiterinnen ausgehend von drei Arten von Rechtsansprüchen.

„Es gibt reguläre ArbeiterInnen, die unbefristete Verträge mit guten Arbeitsrechten haben, irreguläre ArbeiterInnen mit Zeit- oder Saisonverträgen, die nicht so viele Rechte haben, in der Regel keinen bezahlten Urlaub, keine richtige Sozialversicherung, aber immerhin einen Vertrag, und es gibt informelle ArbeiterInnen ohne Vertrag, die die wenigsten Rechte haben und die größten Schwierigkeiten, Rechte für sich zu beanspruchen, da sie nicht nachweisen können, dass sie beschäftigt sind.“, sagte Hensman.

„Wir stoßen auf Probleme hinsichtlich der Begrifflichkeiten. Sogar der Begriff informelle Wirtschaft ist problematisch, denn er unterstellt eine Art von Abgrenzung. Ich würde lieber von informellen ArbeiterInnen in informellen Arbeitssituationen sprechen.“

Frauen werden in die informelle Arbeit getrieben

Es wird behauptet, so Jini Park, dass informelle Arbeit den Frauen mit geringerer Schul- und Ausbildung Chancen eröffnet. Manche sagen, Frauen bevorzugen informelle Jobs, insbesondere zu Hause, weil sie die Arbeit und die häuslichen Pflichten als Ehefrauen und Mütter besser vereinbaren und sich ihre Arbeit, den Arbeitsplatz und die Arbeitszeiten selbst einrichten können.

„Aber das bedeutet keinesfalls, dass die Qualität des Jobs höher ist als bei einem formellen Job“, sagte Park. „Auch diese Jobs unterdrücken die Frauen.“

Heimbasierte ArbeiterInnen sind isoliert und haben keine Kontakte zur Gesellschaft und zu KollegInnen, die Arbeitsbedingungen sind schlecht, betonte Park.

Ein anderer Grund, warum Frauen in der informellen Wirtschaft zu finden sind, ist Park zu Folge, dass oft gerade sie vom Abbau formeller Arbeitsplätze betroffen sind.

„Die Frauen werden im Namen von Flexibilisierung und Strukturwandel in der Industrie aus den Fabriken weggeschickt bzw. gezwungen, als Zeit- oder Leiharbeiterinnen weiter zu machen.“ sagte Park.

Die Rolle der informellen Wirtschaft in der globalen Bekleidungsindustrie

Camille Warren von Women Working Worldwide (WWW) aus Manchester, einer Trägerorganisation der Clean Clothes Campaign in Großbritannien (dort unter dem Namen „Labour behind the Label“ bekannt), betonte die außerordentliche Rolle, die die informelle Wirtschaft in der globalen Bekleidungsindustrie spielt.

In ihren Ausführungen stützte sie sich auf die Recherchen zu den Unterauftragsketten in der globalen Bekleidungsindustrie, die WWW koordinierte und die ein gutes Bild davon vermitteln, wie formelle und informelle ArbeiterInnen in ein- und denselben Ketten arbeiten.⁵

„Alle an der Recherche beteiligten Gruppen bestätigten, dass die informelle Wirtschaft das Rückgrat der Produktion ist“, berichtete Warren. Die Mehrheit des Subcontracting schließt informelle Arbeit ein.

Der Wettbewerb in der Bekleidungsbranche hat sich verschärft und die Preise fallen, sagte Warren. Die Arbeit werde verlagert, so dass die Arbeitskosten abnehmen. Dieser starke Druck auf die Kosten wirke sich auf die

⁵ Mehr Information über das Projekt unter www.poptel.org.uk/women-ww.

Arbeit aus. Warren bezeichnete die Einkaufspraktiken großer Unternehmen als die treibende Kraft, die eine Zunahme der informellen Arbeit in der Bekleidungsindustrie bewirkt. Um der Nachfrage der Unternehmen nach einem immer schnelleren Wechsel des Warenangebots gerecht zu werden, sei ein flexibles Arbeitskräfteangebot notwendig. Wechselte das Warenangebot früher mehrmals im Jahr, so geschehe das heute mehrmals im Monat dank der sog. „just in time“-Produktion. Fallende Einzelhandelspreise und schärfere Konkurrenz führen dazu, dass für die ArbeiterInnen keine Sozialabgaben bzw. Löhne gezahlt werden, die unter dem Minimum liegen, fügte sie hinzu.

Warren zu Folge ist „die informelle Wirtschaft keine Neuheit in der Bekleidungsindustrie. Was die WWW-Recherche jedoch herausfand, ist, dass sie in der Branche immer mehr an Bedeutung gewinnt und sich in ihrem Wesen verändert.“

Auf dem heimischen Markt sind es kleinere Werkstätten und mehr informelle Arbeitsverhältnisse, so Warren, während in der exportorientierten Produktion einige Großhersteller an der Spitze stehen, darunter Lieferanten mit einigermaßen annehmbaren Arbeitsbedingungen und teilweise informellen Arrangements, doch darunter werde informell gearbeitet. HeimarbeiterInnen seien überwiegend für den Inlandsmarkt tätig, arbeiteten aber auch für große internationale Marken.

„Außerhalb der ersten beiden Segmente“, erklärte Warren, „war informelle Arbeit weit verbreitet.“ Nichtsdestotrotz, fügte sie hinzu, „fehlt seitens der großen Einzelhändler der Wille, über ihre Beschaffungsketten Bescheid zu wissen. Was über die obersten Segmente von Lieferanten hinausgeht, interessiert sie nicht und einige sind sogar der Überzeugung, man brauche das auch nicht von ihnen zu erwarten“, sagte Warren.

Die Recherche belegte, dass die Zunahme kleinerer Produktionseinheiten weltweit mit der Zunahme informeller Arbeit zu tun hat. Die Arbeit sei saisonweise organisiert, schwer zu überwachen und die Arbeitsgesetze mancher Staaten gelten nicht für ArbeiterInnen, die ohne rechtlichen Schutz und ohne Beschäftigungspapiere auskommen müssten.

In Sri Lanka gelten solche ArbeiterInnen als selbstbeschäftigt, obwohl ihr Lohn und die Arbeitsstunden von der Fabrik festgelegt werden, sagte Warren. HeimarbeiterInnen erhielten den schlechtesten Lohn und würden am schlechtesten behandelt.

Die Recherche deckte eine Tendenz zur dezentralisierten Produktion auf, von reichen hin zu armen Ländern, ebenfalls von der Stadt hin zum Land, erklärte Warren. Die Ausbeutung auf Grund von Geschlecht und Ethnizität spiele eine wichtige Rolle beim Anstieg der informellen Wirtschaft und ver helfe der Bekleidungsindustrie zu Wettbewerbsvorteilen.

„Meine Untersuchungen in Großbritannien ergaben, dass die meisten großen Fabriken entweder geschlossen oder nach Übersee verlagert wurden. Dafür wird eine Zunahme kleiner Werkstätten verzeichnet, in denen WanderarbeiterInnen beschäftigt sind, denen man weniger Lohn zu zahlen braucht und die saisonweise und lange Überstunden arbeiten, so dass man auch auf diesem Markt wettbewerbsfähig bleibt“, sagte Warren. So werde Kleidung niedrigerer Qualität hergestellt. Die ArbeiterInnen hätten wegen der Sprachbarrieren oder des Aufenthaltstitels kaum eine andere Wahl.

Entwicklungstrends der Bekleidungsindustrie wirken auf die informellen ArbeiterInnen

Ingeborg Wick von „Südwind“ und Vertreterin der deutschen CCC betonte, dass die stärksten Auswirkungen auf die ArbeiterInnen vom Auslaufen des Quotensystems zu erwarten sind, das als Welttextilabkommen (Multi-fiber Arrangement - MFA) bekannt ist, seit 30 Jahren existiert und 2005 abgeschafft wird.

Die Quotenregelung habe die Internationalisierung der Industrie vorangetrieben, die die drei hauptsächlichen Märkte bediene – die USA, die EU und Japan; es habe einen Wettbewerb um Quoten für den Zugang zu diesen Märkten gegeben. Dies sei von einem Rückgang der Sozialstandards begleitet gewesen, wie die Entwicklung der heute mehr als 3000 Freihandelszonen weltweit belege, in denen über 40 Millionen Menschen, davon zwei Drittel Frauen, arbeiteten.

Für die Länder, in denen diese Zonen geschaffen wurden, erhoffte man sich vor allem neue Jobs, aber es waren prekäre Jobs, bemerkte Ingeborg Wick, - informelle Arbeit, fehlende Gewerkschaftsfreiheit und Nichtanwendung der nationalen Arbeitsgesetze. Auch Jane Tate von HomeWorkers Worldwide bestätigte, dass das Wachstum der Freihandelszonen mit dem Anstieg informeller Arbeit Hand in Hand gegangen sei, denn die kleinen Nähstuben würden den kurzfristigen Aufträge mit kurzen Lieferzeiten besser gerecht.

Mit dem Auslaufen der Quoten, so die Prognosen, wird die Produktion verlagert werden und es werden eine Reihe von Fabriken schließen müssen, weil bei Beschaffung und Auftragsvergabe die bisherigen Quotenanteile für den Zugang zu den Märkten nicht mehr ausschlaggebend sind.

„Das MFA ist eine große Herausforderung, und zahlreiche Organisationen befürchten einen weiter zunehmenden Druck auf die Arbeitsrechte und noch stärkere Informalisierung“, sagte Esther de Haan vom Internationalen Sekretariat der CCC.⁶

Wie Bettina Musiolek von der deutschen CCC anmerkte, hatte das EU-Handelsregime eine ähnliche Wirkung auf die mittel- und osteuropäischen Länder, z.B. Polen und Bulgarien, wie den, den die MFA-Quoten auf die Entwicklung der Bekleidungsindustrie in Ländern wie Bangladesh hatten. Unter den Handelsregeln der EU hätten diese Länder umfangreiche Nähindustrien aufgebaut, wobei die Textilindustrie, wie das Beispiel Polens zeige, zerstört worden sei, die Arbeitsbedingungen seien entsetzlich, und mit der EU-Erweiterung werde sich die Konkurrenz auf dem EU-Markt weiter verschärfen.

Des Weiteren, so Wick, werde die Bekleidungsindustrie beeinflusst von solchen Trends wie die (EU-) Herkunftsregeln, die für Inputs bestimmte Herkunftsländer vorschreiben, und die Antidumping-Regulierung, die sog. nichttarifären Handelshindernisse darstellen.

Eine Vielzahl von Initiativen zu Problemen der informellen Wirtschaft gestartet

Obwohl die informelle Arbeit immer mehr zunimmt und die Bedingungen, unter denen die ArbeiterInnen schuften, sehr schwierig sind, ist ein bemerkenswertes Wachstum von Organisationen dieser ArbeiterInnen zu verzeichnen. Jane Tate von HomeWorkers Worldwide (HWW) berichtete über bedeutsame Initiativen zur Verteidigung der Rechte der informellen ArbeiterInnen.

Sie erläuterte, wie deren Selbstorganisation in den 70er Jahren mit Organisationen wie die Self-Employed Women's Association (SEWA) in Indien begann. SEWA entwickelte sich zu einer Gewerkschaft der informellen ArbeiterInnen. Zur gleichen Zeit gingen auch in Europa Gewerkschaften und NRO an, die Organisationsarbeit der informellen ArbeiterInnen zu fördern.

„Wir bemühten uns, voneinander zu lernen“, sagte Tate, die seit den 80er Jahren mit britischen HeimarbeiterInnen in einer Initiative arbeitet, die die Verbindung zu Organisationen in Teilen Europas wie Madeira, Niederlande und Italien knüpfte, - überall dort, wo gewerkschaftliche Organisationsarbeit im Gang war. Recherchen aus den 80ern zeigten, dass außerhalb Europas, in Australien und Kanada auf eine/n FabrikarbeiterIn in der Industrie 15 HeimarbeiterInnen kamen, sagte sie. Kontakte wurden auch zu Organisationen in Süd- und Südostasien hergestellt.

„Dann entstand eine neue Gewerkschaft in Südafrika, die Self-Employed Women's Union (SEWU), und das war der Anstoß für die Gründung von HomeNet International. Dieses Netzwerk funktioniert mehr als ein Bündnis und arbeitet unter anderem mit der Gewerkschaftsbewegung zusammen“, erläuterte Tate.

Eine Kampagne für die Verabschiedung der ILO-Konvention über Heimarbeit wurde gestartet, 1996 wurde sie angenommen und die HeimarbeiterInnen wurden als ArbeiternehmerInnen mit Rechten anerkannt.

„Sicherlich sollten wir hier auf der Tagung über die Ratifizierung der Konvention sprechen“, meinte Tate.

In den letzten drei Jahren hat HWW eine umfassende Recherche durchgeführt, um alle diese Aktivitäten zu verfolgen, die nun auch Osteuropa erfassen, wohin ein Teil der britischen Heimarbeit verlagert wurde, sagte Tate. Erste Schritte wurden auch in China getan. Das Rechercheprogramm wird gleichzeitig als Plattform zur

⁶ Nähere Informationen über das Auslaufen des Welttextilabkommens und Prognosen über dessen Auswirkungen auf die ArbeiterInnen s. im *SOMO-Bulletin* No. 5, April 2004, „The Phase-out of the Multifiber Arrangement,“ unter <http://www.somo.nl/html/paginas/pdf/5%20The%20phase-out%20of%20the%20multifiber%20arrangement.pdf>.

Unterstützung der Initiativen von Gruppen und Netzwerken in den verschiedenen Regionen der Welt genutzt. (Nähere Einzelheiten s. Anhang 2).

Tate zu Folge gibt es viele Länder, in denen die Heimarbeit untersucht worden ist und wo keine Organisationsarbeit stattfindet. Sie betonte, wie wichtig es ist, sich im Arbeitsfeld „informelle Wirtschaft“ nicht auf die Heimarbeit zu beschränken.

„Es existiert eine gewisse Kontinuität innerhalb der Kette: Frauen arbeiten zu Hause, in kleinen Nähstuben, in Fabriken, die nicht registriert sind“, so Tate.

Während einerseits ArbeiterInnenorganisationen aktiv geworden sind, haben andererseits auch schon Solidaritätskampagnen stattgefunden, die z.B. in Europa von der CCC und No Sweat organisiert wurden, einige kleinere von Oxfam, sowie dem Maquila Solidarity Network (MSN) in Kanada und von Fair Wear in Australien, die lt. Tate ein wichtiges Beispiel für eine breit angelegte Kampagne unter Einbeziehung der nationalen Gewerkschaften darstellt. In einigen Ländern haben sich die dreiseitigen Initiativen der Problematik angenommen, u.a. ETI in Großbritannien.

„Es ist ein grundsätzlicher Wandel eingetreten, und zwar die Erkenntnis, dass es sich um die Rechte von ArbeiterInnen und nicht um industrielle Entwicklung handelt“, kommentierte Tate die Entwicklung der letzten Jahrzehnte.⁷ „Die Frage ist, wie können diese Frauen verschiedene Organisationsformen aufbauen und wie können wir unter diesen Bedingungen die Arbeitsstandards durchsetzen?“

Zu den Organisationen, die sich für die Rechte der informellen ArbeiterInnen einsetzen und von den TeilnehmerInnen genannt wurde, zählt auch Women in Informal Employment Globalizing and Organizing (WIEGO), die solche Organisationen wie Street Net und Homenet vereint und hervorragende Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit leistet. Außerdem verfügt WIEGO über eine exzellente Arbeitsgruppe, die aus Experten mehrerer Organisationen, darunter ILO und die Vereinten Nationen, besteht und sich mit der Statistik zur Heimarbeit beschäftigt. IRENE hat sich ebenfalls intensiv für eine Kooperation europäischer Gewerkschaften und NRO einschließlich aus Süd-, Mittel- und Osteuropa engagiert und führt Seminare zum Thema durch.

Die erschwerte Rechtslage der informellen ArbeiterInnen

„Deshalb sind wir hier, weil die Menschen weder Rechte noch Schutz haben“, erklärte Anneke van Luijken von IRENE im Zusammenhang damit, dass die Arbeitsgesetze oft nicht für alle ArbeiterInnen gelten, weil sie nicht den Definitionen von ArbeiternehmerInnen oder Beschäftigten entsprechen. Ein anderes Problem bestehe darin, dass die Gesetze auf nationaler Ebene nicht angewendet würden. Ein Beispiel dafür seien die USA, wo sich die Arbeitsschutzgesetze zwar auch auf sog. ungeschützte ArbeiterInnen erstreckten, was aber in der Praxis schwierig umzusetzen sei.

„Meiner Meinung nach geht die eigentliche Schlacht um die Anwendung der Gesetzgebung. Es besteht eine tiefe Kluft zwischen dem, was im Gesetz steht und was umgesetzt wird“, erklärte Mick Duncan von No Sweat in Großbritannien und verwies darauf, wie schwierig es sei, den Mindestlohn für HeimarbeiterInnen durchzusetzen.

Dennoch, merkte Park von CAW an, „sollten wir die Bedeutung des Gesetzes an sich nicht überschätzen. Ohne es fehlt uns ein Kampfmittel, aber es liegt an uns, wie wir es einsetzen und was wir damit tun wollen. Das Gesetz als solches nützt uns wenig.“

„Was wir zweifellos haben, sind die fundamentalen Menschenrechte und die Arbeitsrechte, und diese sollten für jeden auf der Welt gelten“, sagte van Luijken. „Alle Staaten sind verpflichtet, die Kernarbeitsnormen zu achten, sogar die Staaten, die die Konventionen nicht unterzeichnet haben. Diese müssen der ILO Bericht erstatten, wenn sie die Rechte missachten. Die Rechte gelten für alle Länder und alle Menschen.“

Es sei nach wie vor wichtig, für die Ratifizierung der Heimarbeitskonvention Druck zu machen, sagte Jane Tate von HWW, und ebenso dafür – die Kernarbeitsnormen auf solche informellen ArbeiterInnen wie die

⁷ Den Diskurs zu diesen Problemen und die entsprechenden Veränderungen können an Hand der folgenden ILO-Papiere nachvollzogen werden: “Reducing the decent work deficit - a global challenge” (ILO, 2001), unter <http://www.ilo.org/public/english/region/ampro/cinterfor/publ/boletin/151/somavia1.htm>, sowie “Decent work and the informal economy” (ILO, 2002) <http://www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc90/pdf/rep-vi.pdf>.

HeimarbeiterInnen auszudehnen. „Wir sollten uns ansehen, wer einE ArbeiterIn ist, und ein weites Verständnis haben und kein enges.“

Auch wenn MigrantInnen, ob mit oder ohne Arbeitserlaubnis, spezifische rechtliche Probleme hätten, vermerkte van Luijken, seien sie durchaus nicht rechtlos. „Es gibt die ILO-Erklärung von Philadelphia aus dem Jahr 1944, die besagt, dass jeder Mensch das Recht hat, dorthin zu gehen, wo er seinen/ sie ihren Lebensunterhalt sichern kann. Aber wie ist die EU-Politik mit der Internationalen Konvention zum Schutze der Rechte ausländischer Arbeitskräfte und deren Familienmitglieder, die ohnehin nur von den Entsenderstaaten unterzeichnet wurde, zu vereinbaren?“⁸

Van Luijken vertrat die Auffassung, dass die soziale Sicherheit eines der Kernprobleme darstelle, das in Angriff genommen werden müsse.

„Mit oder ohne Gesetz, es ist notwendig die Denkmuster der Gewerkschaften und NRO zu ändern und zu begreifen, was sie tun können für den Schutz der informellen ArbeiterInnen!“ erklärte van Luijken.

Rechtliche Probleme, die in Angriff zu nehmen sind

Um die Diskussion über rechtliche Probleme weiter vertiefen zu können, arbeiteten einige der TeilnehmerInnen in einem thematischen Workshop weiter an diesem Thema. Sie benannten die folgenden vorrangigen Problemfelder: Rechtsstatus als ArbeitnehmerIn; die Anwendung der geltenden nationalen Gesetzgebung; die Transposition internationalen Rechts (u.a. die ILO-Konvention 177 über Heimarbeit) in das nationale Recht; die Ausweitung des Sozialschutzes; die Entwicklung eines prinzipiell inklusiveren Rechts. Sie empfahlen, sich in der Kampagnenarbeit sowohl auf das Zivilrecht als auch die grundlegenden Menschenrechte und nicht nur auf das Arbeitsrecht zu berufen.

Eine Diskussion ergab sich um die Frage, wie man die Probleme im Zusammenhang mit dem Rechtsstatus als ArbeitnehmerInnen in die internationale Ebene tragen soll. Diesen Status für die ArbeiterInnen rechtlich anzuerkennen, sollte nach Meinung der TeilnehmerInnen die Kernforderung von Solidaritätskampagnen und multilateralen Interessengruppen-Initiativen werden. Hinsichtlich der Heimarbeitskonvention wurde vermerkt, dass diese ein nützliches Instrument für die Zuerkennung von Arbeitnehmerrechten sei, aber bisher hätten nur wenige Staaten die Konvention ratifiziert und sie gelte auch nicht für alle informellen ArbeiterInnen. Sollte der Arbeitnehmerstatus informeller ArbeiterInnen in die Kernkonventionen der ILO integriert werden? Sind speziellere Gesetze für die Beschäftigten der informellen Wirtschaft notwendig oder sollte der existierende Rechtsschutz auf die informellen ArbeiterInnen ausgedehnt werden?

Es wurden ebenfalls regionale Strategien diskutiert, den Rechtsstatus (als ArbeitnehmerInnen) für die ArbeiterInnen durchzusetzen. So kann die Europäische Union Direktiven erlassen, die für die gesamte Region verbindlich sind.

Im Hinblick auf die nationale Ebene schlussfolgerten die TeilnehmerInnen, dass es wichtig sei, die existierende Gesetzgebung auszunutzen. Insbesondere müsse die Umsetzung der Gesetze für und in mittelständischen Unternehmen forciert bzw. Ausnahmeregelungen für diese kritisch betrachtet werden. In vielen Staaten müssen sich Beschäftigte als ArbeitnehmerInnen anmelden und dabei angeben, für wen sie arbeiten. Sie benötigen dafür einen Nachweis ihres Beschäftigungsverhältnisses. Hier stelle sich die Frage, ob informelle ArbeiterInnen ArbeitnehmerInnen in einem Unterauftragsverhältnis oder sog. Selbstbeschäftigte sind.

Ferner wurde empfohlen, im gegenwärtigen ILO-Diskurs über angemessene Beschäftigung, informelle Wirtschaft, Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsmigration die Begriffsspanne dessen, wer einE ArbeitnehmerIn ist und wer per Gesetz zu schützen sei, zu erweitern, denn der Begriff „ArbeitnehmerIn“ bezeichne sehr viel mehr als die derzeitige enge juristische Auslegung des Begriffs „ArbeitnehmerIn“.⁹

Die WorkshopteilnehmerInnen vertraten der Tagung gegenüber die Auffassung, dass die Organisationsarbeit die jeweiligen Initiativen für einen besseren Rechtsschutz untermauern müsse, denn die ArbeiterInnen müssten organisiert sein, um durchzusetzen, dass die erlassenen Gesetze auch praktisch angewendet werden. Schließlich sei nicht die Gesetzgebung das ultimative Ziel, sondern gute Gesetze, die tatsächlich wirken.

⁸ Näheres über die Erklärung s. unter www.migrantsrights.org

⁹ Näheres über den Diskurs s. unter: <http://www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc91/pdf/rep-v.pdf> sowie www.ilo.org/public/english/decent.htm.

Organisationsarbeit ist schwierig in der informellen Wirtschaft

In den Recherchen über informelle Arbeit auf drei Ebenen der Bekleidungsindustrie trat als größtes Problem die Verwirklichung des Rechts auf Vereinigung zu Tage, erklärte Rohini Hensman von der Union Research Group in Mumbai unter Bezug auf die Ergebnisse eines Projekts von Women Working Worldwide.

Das Projekt untersuchte die Bedingungen in großen Fabriken, kleineren Nähstuben mit 15 und weniger Arbeiterinnen und bei der Heimarbeit. Die Heimarbeiterinnen bekamen Aufträge entweder von größeren oder kleineren Fabriken, wussten aber in der Regel nicht für wen sie arbeiteten.

„In einer Fabrik schlossen sich z.B. 151 ArbeiterInnen einer Gewerkschaft an und wurden darauf hin sofort entlassen“, sagte Hensman. „Das ist illegal. Die Gewerkschaft verlangte vor Gericht ihre Wiedereinstellung, doch das Problem lag darin zu beweisen, dass sie überhaupt angestellt waren. Es existierten weder Arbeitsverträge, noch Lohnbescheinigungen.“

In den Nähstuben verdienten die Arbeiterinnen weniger als ein Drittel des Mindestlohnes. Sie versuchten, eine Gewerkschaft zu gründen und einen höheren Lohn zu fordern, so Hensman, doch der Besitzer machte dicht, gründete neu und stellte die Arbeiterinnen zu noch niedrigeren Löhnen an.

„Was Heimarbeiterinnen betrifft, so kann ich keine einziges Beispiel für deren Organisation geben“, sagte Hensman. „Für den Arbeitgeber ist es ein Leichtes zu behaupten: ich habe keine Arbeit; er braucht sich nicht einmal zu rechtfertigen.“

„Das schwierigste Hindernis ist der Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses.“ Lt. Hensman endeten auch die Versuche großer Gewerkschaften, die ArbeiterInnen zu organisieren, mit deren Entlassung bzw. der Schließung der Fabrik.

„Es ist unmöglich, die Arbeitsgesetze umzusetzen, wenn die Beschäftigten bei einem Organisationsversuch rausgeschmissen werden und nicht nachweisen können, dass sie regelrecht beschäftigt waren.“

Die Arbeiterinnen, die im Zusammenhang mit der WWW-Recherche an einer Reihe von Seminaren teilnahmen, gaben an, am dringendsten einen Nachweis ihres Arbeitnehmerinnenstatus und ihres Beschäftigungsverhältnisses zu benötigen, z.B. in Form eines Beschäftigtenausweises oder einer Registrierkarte. Bei wechselnden Arbeitsverhältnissen könnten sie eine Art „Produktionstagebuch“ führen, in dem der Arbeitgeber den Zeitraum der Beschäftigung, in dem die Arbeiterinnen für ihn arbeiten, einträgt und abstempelt.

„Arbeitgeber sollten verpflichtet werden zu melden, wer für sie arbeitet“, forderte Hensman, - was heutzutage dank Computertechnik nicht allzu kompliziert sein sollte. Das eine oder andere obligatorische Meldesystem müsse eingeführt werden. Hensman zu Folge gibt es Bulgarien bereits die Möglichkeit, dass Arbeitgeber bestraft werden können, wenn sie nachweislich Personen länger als drei Tage beschäftigen, ohne diese anzumelden.

„Das Recht auf Beschäftigungsnachweis ist in einigen Modell - Verhaltenskodizes enthalten“, erinnerte Hensman. „Darauf sollten wir bestehen und auch die Gewerkschaften, wenn sie die internationalen Rahmenkollektivverträge aushandeln. Ich meine, wir sollten dieser Forderung Nachdruck verleihen.“

Sie bezeichnete SEWA als ein erfolgreiches Organisationsmodell, das eine Kombination aus Selbsthilfe und Genossenschaften darstellt, das den Arbeiterinnen einen Rückhalt gibt.

„In den Vereinigten Staaten waren es Selbsthilfeorganisationen, aus denen sich die ersten Gewerkschaften bildeten“, bemerkte Jeffrey Raffo von der deutschen Organizing and Campaigning Working Group - OrKa.

Ein anderer Vorschlag ging dahin, ArbeiterInnen im Zusammenhang mit Gesundheitsfragen zu organisieren.

Jini Park machte auf die sehr wechselhafte Situation aufmerksam, der die ArbeiterInnen ausgesetzt sind. Mitunter würde es den Gewerkschaften gelingen, auf die Veränderungen zu reagieren, oft aber nicht.

„Wir brauchen verschiedene Typen von Organisationen, die flexibler sind“, sagte Park. „Wir bemühen uns, mit anderen Organisationen zu arbeiten – Genossenschaften, ArbeiterInnenvereine.“

Sie führte das Beispiel eines Frauenverbandes in Korea an, dem es auf Grund variabler Herangehensweisen gut gelingt, Teilzeitarbeiterinnen zu organisieren und auch die Gewerkschaften zu stimulieren.

„Wie kann man die existierenden Gewerkschaften stimulieren, mehr für die nichtorganisierten ArbeiterInnen zu tun? Wie kann man die ArbeiterInnen in der informellen Wirtschaft näher an die Gewerkschaften heranführen?“ Diese Fragen stellte Wim de Groof von der World Confederation of Labour (WCL), und darin bestehe heute die Herausforderung an die Gewerkschaften. WCL traf 2001 die Entscheidung, sich besonders auf die informelle Wirtschaft zu konzentrieren. Es sei aber nicht sinnvoll, so de Groof, in der informellen Wirtschaft separate Gruppen aufzubauen.

„Wenn wir sie getrennt von den formellen ArbeiterInnen betrachten, entsteht der Eindruck, es handele sich um zwei verschiedene Gruppen von ArbeiterInnen. Die Gewerkschaften haben aber die Pflicht, alle ArbeiterInnen zu verteidigen“, sagte de Groof. Allerdings sei es schwieriger, informelle ArbeiterInnen zu organisieren.

Das WCL-Programm für informelle ArbeiterInnen sieht unterschiedliche Strukturen und eine Reihe von Aktivitäten vor, so De Groof, darunter auch Rechtsbeistand.

„Was kann man für die ArbeiterInnen tun, wenn keine rechtlichen Ansprüche bestehen? Sie brauchen einen juristischen Status. Das ist nicht einfach, aber möglich.“

Sergejus Glovackas vom MOE-Department des IBFG berichtete darüber, wie informelle ArbeiterInnen in Osteuropa organisatorisch eingebunden werden, z.B. Minibus-Fahrer in Moldawien, ParkscheinverkäuferInnen in Bulgarien und informelle ArbeiterInnen aus anderen Branchen in Russland und der Ukraine. Allerdings konnte er kein Beispiel für solche Aktivitäten in der Bekleidungsindustrie anführen.

„Es gab eine politische Entscheidung über die informelle Wirtschaft und es nun bleibt abzuwarten, wie das verwirklicht wird“, erklärte Glovackas. „Die Situation der informellen ArbeiterInnen in unserer Region ist so, dass die ArbeiterInnen nicht wissen, dass sie irgendwelche Arbeitsrechte haben. Es gibt sehr wenige Beschwerden. Sie brauchen wirklich Aufklärung. Früher hatten wir ein gutes Bildungssystem, die ArbeiterInnen wussten Bescheid. Heute wissen die jungen Leute nichts über Gewerkschaften und die älteren assoziieren damit nur die staatlich kontrollierten.“

Glovackas teilte mit, dass die Organisationsarbeit in Osteuropa zu seinen Aufgaben gehört und dass eine bessere Zusammenarbeit mit NRO angestrebt wird. Er forderte die TeilnehmerInnen auf, sich bei Fragen zu den Gewerkschaften der Region bzw. Schwierigkeiten an ihn zu wenden.

„Die Kooperation ist wichtig“, sagte Glovackas. Die Gewerkschaften brauchten sie sogar, um angesichts der anwachsenden informellen Wirtschaft zu überleben. „Wir wollen für alle abhängig Beschäftigten da sein. Ich bin hier, um Kontakte aufzubauen und zu kooperieren.“

Auch in der MOE-Region ist ein wesentlicher Teil der Fabrikarbeit informell. Es gibt zwar kaum eine verlässliche Statistik, sagte Bettina Musiolek, schätzte aber den Anteil der informellen FabrikarbeiterInnen auf 70%.

Die Gewerkschaften wissen nicht, wie sie mit der Informalisierung umgehen sollen, erklärte Glovackas,

In einigen Ländern existieren rechtliche Hindernisse, denn es ist nicht erlaubt, dass sich informelle ArbeiterInnen Gewerkschaften anschließen. Phan Wanabriboon von Homenet Thailand sagte dazu: „Vor etwa 10 Jahren bemühten wir uns, mit den Gewerkschaften zu arbeiten, doch gemäß thailändischem Gesetz dürfen Heimarbeiterinnen nicht Mitglied einer Gewerkschaft werden.“

Um die Unternehmen daran zu hindern, die Produktion einfach zu verlagern, sobald ArbeiterInnen (nicht nur die informellen) sich gewerkschaftlich zusammenschließen, ist es Jane Tate zu Folge wichtig, international zusammenzuarbeiten, und dass die ArbeiterInnen innerhalb der Beschaffungsketten miteinander Verbindung halten. „Das ist schwierig, aber genau das ist die Herausforderung.“

Erfahrungen mit dem Recht auf Gewerkschaftsfreiheit

In dem Workshop über Gewerkschaftsfreiheit berichteten die TeilnehmerInnen über ihre Erfahrungen in der Organisation von Kampagnen mit ganz unterschiedlicher Zielsetzung. So z.B. wurden koreanische Reinigungskräfte erfolgreich in der Forderung nach einem höheren Basislohn unterstützt, in Polen gab es eine Kampagne zur Veränderung der gewerkschaftlichen Strukturen, in Belgien wurde auf die Lage der in der belgischen Bekleidungsindustrie schwarz arbeitenden MigrantInnen aufmerksam gemacht, die außerhalb des Gesetzes stehen und für die Gewerkschaften keine Priorität darstellten, in Thailand gründeten ArbeiterInnen

eine Produktionsgenossenschaft, und in Sri Lanka ergriffen die Fair Labor Association und die Öffentlichkeit Partei in einem Fall von Arbeitsrechtsverletzung in der Bekleidungsindustrie.

In einigen Ländern, stellten die TeilnehmerInnen fest, wird die Organisationsarbeit zusätzlich durch die Erinnerung an das alte politische Regime erschwert, in dem alles von oben organisiert und strengstens kontrolliert war, so dass es den Menschen auch unter neuen politischen Bedingungen widerstrebt, sich gewerkschaftlich zu vereinen.

Alter kann durchaus eine unterstützende Rolle spielen. Mitunter stünden ältere Frauen, die schon einmal Gewerkschaftsmitglieder gewesen sind, dem Vereinigungsgedanken aufgeschlossen gegenüber. Die jüngeren dagegen zögerten mehr, weil ihnen diese Erfahrung fehle und sie befürchteten, ihren Job zu verlieren. Daher sei es manchmal schwierig, die Solidarität unter den ArbeiterInnen zu stärken. Auf jeden Fall sei es wichtig, dass sie verstehen: sie haben die Wahl. Das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigung ist keine Pflicht, sondern eine Freiheit.

„Wir sind so stark auf Organisieren fixiert, dass uns die Arbeiterinnen als Außenseiter betrachten, die sie um jeden Preis organisieren wollen. Aber das ist ein langsamer Prozess“, bemerkte Mariana Petcu von der rumänischen Association of Human Resources Specialists. „Wir sollten Wege finden, den Leuten zu erklären, dass dies für sie eine Chance ist und dass niemand sie dazu zwingt.“

Ingeborg Wick erinnerte daran, dass die ArbeiterInnen die Wahl haben zwischen eigenen Vereinigungen nur für informelle ArbeiterInnen wie z.B. SEWU oder den etablierten Gewerkschaften, wo sie ihre Bedürfnisse einbringen können. Bei zu starken Befürchtungen vor Gewerkschaften sei es möglich, Foren durchzuführen, auf denen die ArbeiterInnen ihre Probleme zur Sprache bringen können.

Die Bedürfnisse der informellen ArbeiterInnen begreifen

Jini Park erklärte, dass es notwendig sei, zwischen den Problemen der selbstbeschäftigten ArbeiterInnen und denen zu unterscheiden, die einen Arbeitgeber haben.

Sow Kadiatou, Generalsekretärin der Textilarbeiterföderation von Guinea, betonte den großen Bedarf an Aufklärung, den die ArbeiterInnen in der informellen Wirtschaft haben.

„Weltweit besteht die Kernaufgabe in der Schaffung starker Gewerkschaften und in der Unterstützung für Menschen, die sich organisieren“, äußerte Karen Pape vom Global Labour Institute und WIEGO.

„Wir richten uns nach den Kenntnissen der ArbeiterInnen selbst und handeln entsprechend der Information, die von ihnen kommt. Die heimbasierten ArbeiterInnen müssen selbst entscheiden, was sie wollen und welches ihre Prioritäten sind“, sagte Dilek Hattatoglu von der Working Group on Home-based workers in der Türkei. „Wir glauben, dass lokale Prioritäten sehr wichtig sind, und wir suchen nach Lösungen, die diesen gerecht werden.“

In den Workshops, die die Working Group in 14 Städten der Türkei durchführte und in denen die Heimarbeiterinnen über ihre Probleme sprachen, wurde immer wieder dieselbe erste Priorität genannt: sozialer Schutz. „Der soziale Schutz wurde als das Ziel bezeichnet und das Vereinigungsrecht als Mittel.“

Frauen, die in der Türkei Heimarbeit verrichten, betrachteten sich selbst nicht als Arbeiterinnen, sagte Hattatoglu. Erst im Verlauf der Workshops begannen sie, sich als Arbeiterinnen zu begreifen und zu organisieren. Die Gewerkschaften beteiligten sich nur an einem einzigen dieser Workshops, obwohl sie eingeladen waren und ein ureigenes Interesse an diesem Prozess haben sollten.

Hinsichtlich der Probleme der informellen ArbeiterInnen in Mexico, äußerte Ana Enriquez, gäbe es keine einfache Antwort. „Es gibt keine Formel“, sagte sie.

Allein schon ihre Lage, ihre Welt zu verstehen, sei ein langsamer Prozess auch für sie, die selbst mit formellen Arbeiterinnen in den mexikanischen „Maquiladoras“ gearbeitet hat.

„Es ist eine ganz andere Realität, eine ganz andere Dynamik, wie sie ihre Arbeit und sich selbst auffassen... Was wir bei den informellen ArbeiterInnen sehen, ist eine sehr versteckte und marginalisierte Wirtschaft. Wir müssen sehr vorsichtig vorgehen, denn bei diesen Arbeiterinnen ist die Angst vor Jobverlust noch größer. Es wird sehr schwer werden, sie dazu zu bringen, etwas dagegen zu tun, und darüber sollten wir als AktivistInnen nachdenken“, betonte Enriquez.

„In der Regel sind die Probleme der Arbeiterinnen ganz einleuchtend“, fuhr sie fort. „Sie wollen ihre Jobs behalten wie jede andere Arbeiterin auch. Sind sie selbstbeschäftigt, dann geht es um Absatz. Sie brauchen Methodentraining. Das Interesse an Organisationsarbeit kommt durch den Nutzen und den sozialen Schutz. Haben sie begriffen, dass das möglich ist, dann sagen sie ‚ok, wir machen mit‘.“

„Meiner Meinung nach ist wichtig“, so Enriquez, „...die Frage der Information und des Verständnisses, was machbar ist in Bezug auf bereits existierende juristische Möglichkeiten, sowie die Frage, wie wir die Heimarbeiterinnen bei NRO, Gewerkschaften und Behörden stärker in den Mittelpunkt rücken können.“ Eines der Hauptprobleme sei, dass die AktivistInnen von NRO und Gewerkschaften sehr wenig über die Bedürfnisse dieser ArbeiterInnen informiert seien, und bezeichnend dafür sei, dass einigen TeilnehmerInnen der Unterschied zwischen selbstbeschäftigten und abhängigen ArbeiterInnen erst erklärt werden musste. Deshalb, glaube sie, könnten Aktionen oder Kampagnen zur Heimarbeitskonvention der ILO gleichzeitig für die Aufklärungsarbeit genutzt werden und so vielleicht weiter helfen.

Probleme der ArbeitsmigrantInnen

Ein Tagungsworkshop war den Problemen gewidmet, vor denen ArbeitsmigrantInnen als Arbeiterinnen in der informellen Wirtschaft stehen. Kulturell bedingte Barrieren, die Konkurrenz der einheimischen ArbeiterInnen, Rassismus, Geschlechterdiskriminierung, der Aufenthaltsstatus und die Immobilität als Folge fehlender Papiere – all das wurde als Problem aufgezählt. Furcht, Zweifel, Verwundbarkeit, fehlendes Selbstvertrauen, unsichere Arbeitsbedingungen, Schwierigkeiten, eine Bleibe zu finden, Isolation, fehlender sozialer Rückhalt und Druck seitens der Familien und Gemeinschaften wurden ebenfalls genannt.

Die TeilnehmerInnen diskutierten die entsprechenden Herausforderungen, die vor denen stehen, die versuchen, ArbeitsmigrantInnen zu organisieren, angefangen davon, wie schwierig es ist, diese überhaupt zu finden, die kulturellen und sprachlichen Barrieren zu überwinden und Vertrauen aufzubauen.

Nichtsdestotrotz konnten sie viele Beispiele erfolgreicher Initiativen anführen, die den MigrantInnen tatsächlich geholfen haben, ihre Rechte durchzusetzen. – wenn auch nicht in der Bekleidungsindustrie. So wurden Heimatvereine gegründet, die es nicht nur ermöglichten, Menschen der gleichen Herkunft zusammenzubringen, sondern auch daheim politischen Druck für die Verbesserung ihrer Lage im anderen Land zu erzeugen. Es wurden Beispiele für die Organisation über Gemeindezentren und – neben der Identität als ArbeiterInnen – über Mietervereine oder Gruppen von Busfahrgästen gegeben.

Ein positiver Schritt seitens der Gewerkschaften seien öffentliche Erklärungen der Unterstützung für MigrantInnen, meinten die TeilnehmerInnen, wie es z.B. die niederländische FNV und GMB und T&G in Großbritannien getan haben. Ebenso begrüßenswert: einige Gewerkschaften beauftragten sprachkundige Organisatoren bzw. Organisatoren aus den Heimatländern der jeweiligen ArbeiterInnen.¹⁰ Einige Gewerkschaft wie z.B. in der Schweiz vertreten die Interessen dieser ArbeiterInnen ohne jede Einschränkung, andere haben spezielle Sektionen für die Belange von ArbeitsmigrantInnen geschaffen, wie das u.a. in Deutschland der Fall ist. TankstellenarbeiterInnen aus den baltischen Republiken erhielten einen „Gewerkschaftspass“ und dieser ermöglichte es ihnen, dass ihre Mitgliedschaft auch im Ausland anerkannt wurde. Anderswo sind die Gewerkschaften mit den ArbeiterInnen „emigriert“, z.B. Solidarnosc-AktivistInnen, die in Großbritannien zusammen mit dem TUC polnische ArbeiterInnen organisierte.

Hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften bei der Umsetzung der Rechte der MigrantInnen empfahlen die WorkshopteilnehmerInnen, beide Seiten am Aufbau von Bündnissen zu beteiligen, - Bündnisse zwischen Ländern und auch zwischen Gemeinden. Sowohl die Gewerkschaften „zu Hause“, als auch die im Aufenthaltsland sollten die ArbeiterInnen organisieren. Die Mitglieder der Gewerkschaften sollten über die Probleme der MigrantInnen aufgeklärt und in die Organisationsarbeit einbezogen werden. Sie sollten Sprachtraining erhalten und über die kulturellen Unterschiede informiert werden. Der Organisationsaufbau müsse flexibler werden, meinten die TeilnehmerInnen, und auch ungewöhnliche Organisationsmodelle zulassen. Insgesamt müssten sie eine schützende und vermittelnde Rolle gegenüber den staatlichen Behörden spielen und ausländerfreundliche Politiken unterstützen. Als eine positive Initiative, die aufgegriffen werden sollte, wurden internationale Gewerkschaftsausweise (Pässe, Mitgliedsbücher, wie bereits erwähnt) gewertet.

¹⁰ Weiterführendes s. „From Marginal work to Core Business“ erhältlich bei IRENE oder FNV-Mondiaal, P.O.Box 8456, 1005 AL Amsterdam, Niederlande.

Für schlechte Arbeitsbedingungen sollten die Behörden die Arbeitgeber und nicht die MigrantInnen beschuldigen. Die Behörden der „Aufnahmeländer“ müssten aufhören, diese zu belästigen und zu deportieren, forderten die TeilnehmerInnen. Stattdessen sollten sie die ArbeitsmigrantInnen juristisch absichern.

Die Internationale Konvention über die Rechte der MigrantInnen ist ein gutes Instrument, das die Rechte und Standards definiert, aber noch kein einziges westeuropäisches Land hat sie ratifiziert, betonte Rita Vandelloo von Wereldsolidariteit in Belgien, wo derzeit eine Kampagne zur Ratifizierung der Konvention läuft.

Auch die Botschaften und heimischen Behörden könnten mitarbeiten beim Schutz der ArbeitsmigrantInnen. Die philippinische Botschaft verfüge über einen Migrantinnenbeauftragten. Generell sei es die Aufgabe der Behörden in den „Entsenderstaaten“ für Bedingungen zu sorgen, damit ArbeiterInnen nicht auswandern müssen.

NRO sollten mithelfen, die Verbundenheit unter den ArbeitsmigrantInnen aufrecht zu erhalten, und eine Vermittlerrolle spielen. Nach Ansicht der WorkshopteilnehmerInnen kommt ihnen eine wichtige Aufklärungsrolle hinsichtlich der Probleme der MigrantInnen zu, insbesondere unter den VerbraucherInnen und staatlichen Behörden. Neben der Lobbyarbeit sollten sie für die MigrantInnen geeignete Foren, z.B. Gemeindezentren, schaffen, wo sich diese versammeln und organisieren können.

Die TeilnehmerInnen widmeten sich in einem Brainstorming speziell der Frage, wie der Konkurrenz zwischen ArbeitsmigrantInnen und einheimischen ArbeiterInnen zu begegnen sei. Sie generierten eine Reihe von Ideen, darunter die Durchführung von Aufklärungs- und Medienkampagnen, um den Beitrag der ArbeitsmigrantInnen zum Wohlstand der Allgemeinheit zu veranschaulichen. Öffentliche Kulturveranstaltungen u.ä. mit Beteiligung von Einheimischen und Migrantinnen tragen dazu bei, sich außerhalb der Arbeitswelt kennenzulernen. Gewerkschaften können sich mit denen in anderen Ländern in Verbindung setzen, doch vor allem sollten sie alle ArbeiterInnen gleichermaßen in ihre Organisationsarbeit einbeziehen und für gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen einschließlich der „Legalisierung“ von zugewanderten ArbeiterInnen. Im Westen ist oft nicht bemerkt worden, dass die Berufung auf den Wettbewerb schlicht und einfach falsch ist, denn oft nehmen MigrantInnen Jobs an, die die Einheimischen nicht tun wollen.

„Es gibt so viel Hasspropaganda über die ArbeitsmigrantInnen, die von den Medien und Regierungen aufgebauscht wird“, sagte Rohini Hensman. „Um das Klima zu ändern, muss eine Kampagne her, dass Ausländer keine Feinde sind.“

Welchen Wert haben Verhaltenskodizes für informelle ArbeiterInnen?

Verhaltenskodizes sind freiwillige Initiativen, manchmal als „weiches Recht“ bezeichnet, die eine Reihe von Arbeitsstandards enthalten, die sich Unternehmen in den Produktionsstätten ihrer Produkte einzuhalten verpflichten. Es ist wiederholt gelungen, Kodizes als Instrument zu nutzen, wenn ArbeiterInnen für ihre Rechte kämpften. Im Mittelpunkt eines Workshops stand die Frage, ob dieses Instrument auch für informelle ArbeiterInnen (und deren InteressensvertreterInnen) sinnvoll ist und zur Verbesserung ihrer Lage beitragen kann.

Die TeilnehmerInnen dieses Workshops äußerten die Meinung, dass die Kodizes, die von den Unternehmen selbst aufgestellt werden, sich auf die gesamte Lieferkette beziehen und außerdem speziell auf die Problematik der informellen Arbeit verweisen müssten. Des Weiteren sollten Unternehmenskodizes eine Klausel über existenzsichernden Lohn enthalten. Es gab den Vorschlag, dass die europäischen Betriebsräte, die in Lieferketten mit Beteiligung der informellen Wirtschaft tätig sind, motiviert werden sollten, sich der Probleme der informellen ArbeiterInnen anzunehmen. Staatliche Arbeitsinspektionen seien ebenfalls einflussreiche Akteure bei der Umsetzung von Verhaltenskodizes und deshalb sei es wichtig, ihr Bewusstsein für die Rechte der informellen ArbeiterInnen zu stärken.

„Das ist eine heikle Sache,“, wendete Bettina Musiolek ein „denn sie werden sofort versucht sein, die informellen Arbeitsplätze zu schließen, so dass die Frauen Gefahr laufen, ohne Job dazustehen und noch tiefer in der Informalität zu versinken.“

Entscheidend sei aber, dass die Einhaltung der Kodizes der Unternehmen wie auch der multilateralen Initiativen (multi-stakeholder initiatives, MSI) entlang der gesamten Beschaffungskette überwacht werde, erklärte Musiolek. Dabei müssten geeignete Maßnahmen zur direkten Kontaktaufnahme mit den informellen ArbeiterInnen am unteren Ende der Kette ein regulärer Bestandteil von Monitoring und Verifizierung der Kodexeinhaltung sein.

Die WorkshopteilnehmerInnen meinten, dass es den Unternehmen und multilateralen Initiativen schwer fiele, geeignete Prüfer (AuditorInnen) für die Überprüfung der Kodexeinhaltung zu finden, insbesondere für

Interviews mit ArbeiterInnen, was jedoch ein entscheidendes Mittel in der Verifizierung sei. Daher sei es notwendig, die Kapazität der lokalen unabhängigen Organisationen zu stärken, diese Aufgabe zu übernehmen. Erfahrende NRO sollten hier aktiv werden. In dieser Hinsicht wurde das von der CCC in Mittel- und Osteuropa koordinierte aktuelle Projekt erwähnt, das lokale BeobachterInnen ausbildet und wertvolle Erfahrungen generiere.

Wenn Kodizes tatsächlich das Potential haben, ein für die ArbeiterInnen nützliches Instrument zu sein, dann sei Aufklärung darüber erforderlich, stellte Anneke van Luijken fest. In der Regel sei das sog. Weiche Recht, zu dem die freiwilligen Verhaltenskodizes der Unternehmen und die OECD-Richtlinien zählen, den ArbeiterInnen vollkommen unbekannt.

Ingeborg Wick bemerkte unter Bezug auf die OECD-Beschwerde der deutschen CCC im Zusammenhang mit den Arbeitsrechtsverletzungen in zwei indonesischen Fabriken, die für adidas herstellen: Auch wenn die OECD-Richtlinien keinen Vollzugsmechanismus vorsehen, so zwingt die Beschwerdeführung über dieses System die Regierungen dennoch, sich mit den Fällen auseinanderzusetzen, was bei anderen freiwilligen Maßnahmen wie Verhaltenskodizes, an denen die Regierungen keinen Anteil haben, nicht so sei.

Ohne Zweifel sei die OECD-Beschwerdeprozedur sehr enttäuschend, führte Wick fort, aber in gewisser Hinsicht auch eine nützliche Erfahrung. Diese habe Änderungsempfehlungen hervorgebracht und insgesamt die Auffassung verstärkt, dass die Verantwortlichkeiten der Regierungen ausgedehnt werden müssten.

„Tatsache ist, dass adidas bereit ist, über existenzsichernden Lohn und Arbeitszeit zu reden, und das ist ein Fortschritt. Darüber steht nichts in den OECD-Richtlinien. Die Medienmeldungen haben mehr Aufmerksamkeit erzeugt und die Frage nach der Transparenz gestellt.“, fügte sie hinzu.

Wer das weiche Recht einsetzt, merkte van Luijken an, benötigt Ressourcen, denn eine OECD-Beschwerde sei kompliziert und erfordere gute Beweise, Recherchen und juristische Sachkenntnis.¹¹

Unsichtbarkeit und Anerkennung – die Hauptprobleme für die HeimarbeiterInnen

Auch wenn HeimarbeiterInnen mit einer ganzen Reihe von Problemen zu kämpfen haben, so entschieden sich die TeilnehmerInnen des Workshops zum Thema Heimarbeit dennoch dafür, sich auf zwei Hauptprobleme zu konzentrieren: die mangelnde Visibilität von Heimarbeiterinnen und die ihnen vorenthaltene Anerkennung als Arbeiterinnen. Die Geschlechterstereotypen spielten ihrer Meinung nach bei beiden Problemen eine wichtige Rolle.

Heimarbeiterinnen sind von den Rechten, die ArbeiterInnen haben, ausgeschlossen, sei es, weil sie mehr als einer Beschäftigung nachgehen (z.B. Saisonbeschäftigung in Heimarbeit plus Saisonarbeit in der Landwirtschaft) und weil sie am weniger sichtbaren Ende der Lieferkette tätig sind.

Als Prioritäten nannten die WorkshopteilnehmerInnen: Heimarbeiterinnen sichtbar machen, ihr Bewusstsein dafür stärken, dass sie wirklich Arbeiterinnen sind, besserer juristischer und sozialer Schutz für Heimarbeiterinnen, ihr Recht auf gewerkschaftliche Vereinigung und Kollektivverhandlungen durchsetzen. Allerdings sei es an den Heimarbeiterinnen zu bestimmen, welcher Art Unterstützung sie brauchten in Form von Kampagnen und anderen Initiativen. Als geeignete Akteure bezeichneten die TeilnehmerInnen Bündnisse von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften wie die Clean Clothes Campaign, nahmen aber auch den Staat und die politischen Parteien in die Pflicht.

Geeignete Instrumente für mehr Visibilität und Anerkennung sind nach Meinung der TeilnehmerInnen: Gesetze, Kodizes, Öffentlichkeitsarbeit, Recherchen, Organisations- und Medienarbeit.

Wie engagiert sich die CCC im Problemfeld informelle Wirtschaft?

¹¹ Näheres über die OECD-Richtlinien s. unter www.irene-network.nl and www.oecdwatch.org.

Esther de Haan vom Internationalen Sekretariat der Clean Clothes Campaign stellte die Tätigkeit der CCC in Bezug auf die informelle Wirtschaft in den Kontext der allgemeinen Mission des Netzwerks. Wie sie erklärte, arbeitet die CCC in vier breiten Arbeitsfeldern, um das Ziel der Erreichung der Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie zu verbessern und die dort Beschäftigten zu empowern: Aufklärung und Mobilisierung der VerbraucherInnen; Druck auf die Unternehmen, ihrer Verantwortung nachzukommen; Solidaritätsaktionen; Lobbyarbeit und verbesserte Gesetze.

„Innerhalb der Kampagnen ist es wichtig, die Botschaft klar herüberzubringen. Die Bürger müssen sich dessen bewusst werden, dass die Arbeitsbedingungen problematisch sind und dass sie etwas tun müssen, um das zu verändern. Das umfasst die Aufklärung der VerbraucherInnen, die die Produkte kaufen, der AktivistInnen, die die Themen aufgreifen, und der ArbeiterInnen – für solidarische Aktion. Den unterschiedlichen Zielgruppen entsprechend werden verschiedene Methoden, Mittel und Informationsträger eingesetzt und der Handlungsschritt ist natürlich davon abhängig, was erreicht werden soll“, sagte de Haan. Die Problematik der informellen Wirtschaft sind von großer Bedeutung und wir müssen überlegen, wie wir die Kampagnenarbeit am besten gestalten können und welche Verknüpfungen möglich sind.“

Wenn wir uns die Kampagnen von CCC und Partnern der letzten Jahre anschauen, dann lassen sie sich wie folgt unterscheiden: Es gab Kampagnen, die in Verbindung mit bestimmten anderen Problemen der Bekleidungsindustrie auf die informelle Arbeit in dieser Industrie aufmerksam machten; Kampagnen, die auf die informelle Wirtschaft insgesamt abzielten und die informelle Arbeit in der Bekleidungsindustrie in diesem Kontext beleuchteten; und es gab Kampagnen, deren Hauptgegenstand die informelle Arbeit in der Bekleidungsindustrie an sich war, erläuterte de Haan.

Die Existenzlohnkampagne von 2000 und 2001 und etwas aktueller die Olympia-Kampagne 2004, die das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit, die prekäre Beschäftigung und die Einkaufspraktiken in den Vordergrund stellten, sind de Haan zu Folge Beispiele für breiter angelegte Kampagnen, die auch über informelle Arbeit aufklärten.

Neben anderen Initiativen erwähnte de Haan eine Kampagne, organisiert von Wereldsolidariteit, Mitglied der belgischen CCC, die ein weltweites soziales Sicherungssystem forderte, um den ArbeiterInnen ein Minimum an Sozialschutz zu sichern. Dabei wurden eine Reihe von Methoden eingesetzt, um die Botschaft und die Informationen zu vermitteln, u.a. ein Quiz, Video, Spiele und Informationsveranstaltungen.¹²

De Haan rief dazu auf, die informelle Wirtschaft in künftigen Kampagnen vorrangig zu behandeln.

„Die Verknüpfung zwischen den Organisationen besteht, wir sollten das nutzen und unsere Kompetenzen gemeinsam nutzen und zusammen arbeiten“, sagte sie. „In diesen Tagen wurden konkrete Problemfelder genannt, - der Bereich „ArbeitsmigrantInnen und informeller Wirtschaft“, die äußerst gefährdete Lage aller derjenigen Arbeiterinnen, die bei unseren Kampagnenaktivitäten mitmachen, auch die Frage des Vereinigungsrechts, was wir bereits aufgegriffen haben, aber noch mehr Nachdruck und Aufmerksamkeit bedarf – insbesondere im Hinblick auf die Frage des Beschäftigungsnachweises.“

Kampagnen sollten immer die gesamten Lieferketten herausstellen, so de Haan. Mehr Recherchen seien notwendig, um die unterschiedlichen Akteure und deren Verhältnis zueinander, insbesondere hinsichtlich Kontrolle und Einfluss innerhalb dieser Ketten, besser zu begreifen. Die Recherche (Mapping Project) von Women Working Worldwide sei ein positives Beispiel für die Ermittlung von Information über die Dynamik der Beschaffungsketten. Diese könnte ausgenutzt werden, die Unternehmen zu veranlassen, ihrer Verantwortung in Bezug auf die gesamte Lieferkette gerecht zu werden, und auch, um die Solidarität unter den Beschäftigten innerhalb dieser Ketten bis hinunter zu den Heimarbeiterinnen zu stärken, sagte de Haan.

Ideen, die in anders gelagerten Kampagnen zur Bekleidungsindustrie gut gewirkt haben, sollten auch genutzt werden, um die informelle Wirtschaft stärker in den Vordergrund zu rücken. Dazu gehöre das häufig angewandte Preisbildungsmodell bei Sportschuhen, das die einzelnen Kostenfaktoren, deren Anteil am Endverbraucherpreis und den Anteil des Arbeitslohns aufzeigt. Weitere erfolgreiche Methoden, die Menschen für die Rechte der ArbeiterInnen zu sensibilisieren, wären Postkartenaktionen, Unterschriftensammlungen, Aktionen anlässlich von Großveranstaltungen und Aktionen, die auf besondere Zielgruppen wie junge Leute und Sportfans ausgerichtet sind und entsprechende Bildungsangebote beinhalten, z.B. Internetseiten für Jugendliche oder Dokumentarfilme (u.a. der Film der schwedischen CCC über Arbeitsrechtsverletzungen in den Lieferketten von H&M, in dem auch die Bedingungen gezeigt wurden, unter denen philippinische Heimarbeiterinnen Pullover besticken).

„Das war wichtig, um H&M dazu zu bringen, ihre Verantwortung zu akzeptieren, und das haben sie getan“, sagte de Haan

Die grundsätzliche Forderung der CCC nach Verhaltenskodizes, die einen Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses fest schreiben und deren Umsetzung in der Praxis auch verifiziert wird, sollte in Zukunft noch mehr betont werden.

„Der Beschäftigungsnachweis und das Vereinigungsrecht sind, wie dieser Tage wiederholt betont wurde, sehr eng miteinander verknüpft und das bedeutet, dass wir dazu auf nationaler und auf internationaler Ebene aktiv werden müssen“, erklärte de Haan.

Sie betonte auch die Notwendigkeit, den Zielgruppen bei jeder Aufklärungskampagne klar zu verdeutlichen, wie sie aktiv werden können.

Eine der wichtigsten Funktionen der CCC sei die einer Sammelstelle für Informationen, so de Haan, was ebenso für Information über die informelle Wirtschaft gelte. Die CCC bemühe sich, in jeder Ausgabe des internationalen Bulletins mindestens einen Beitrag darüber zu veröffentlichen. Es gäbe auch eine spezielle Rubrik auf der internationalen Website.

Die CCC initiiert mit den Eilaktionen im Zusammenhang mit Rechtsverletzungen in konkreten Fällen direkte

¹² Mehr Information über die Aktion s. unter www.wsm.be

Solidaritätsaktionen, wobei gleichzeitig die Öffentlichkeit alarmiert und Druck auf die Unternehmen ausgeübt wird, die Bedingungen durch die Erfüllung bestimmter Forderungen zu verbessern. So gab es Fälle, in denen Gelegenheitsarbeit involviert war, u.a. bei Nien Hsing Fabrik in Südafrika, wo über die Hälfte der Beschäftigten als Tagelöhner arbeiteten und am Fabrikator auf Abruf bereit stehen mussten, oder die Eilaktion um die EPZ in Kenia. Künftig sollten die unterschiedlichen Formen der informellen Arbeit bei der Bearbeitung von Fällen noch stärker als bisher berücksichtigt werden, meinte de Haan. Jede Eilaktion erfordere Zusammenarbeit und gut funktionierende Kommunikationskanäle, um alle die notwendigen Schritte auf verschiedenen Ebenen anzustoßen und auszuführen.

Was die rechtlichen und legislativen Initiativen zu Gunsten der informellen ArbeiterInnen angehe, so sei die CCC in die Vorbereitung und Annahme der Heimarbeitskonvention der Internationalen Arbeitsorganisation involviert gewesen, hätte aber mehr tun können, erklärte de Haan.

Die Ergebnisse dieser Tagung und die Handlungsoptionen der CCC werden während des Europäischen Koordinierungstreffens im Februar 2005 erörtert werden.

Eine Vision für die Zukunft

In Vorbereitung auf die Workshops zur Erarbeitung konkreter Kampagnenziele hinsichtlich der Rechte der informellen ArbeiterInnen fand eine Zusammenfassung der bisherigen Diskussionen über die Forderungen der Arbeiterinnen, Kampagnenzielgruppen, Strategien und Hindernisse statt. Es gab auch zusätzliche Klarstellungen und Einwände.

Die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen für die Näherinnen beinhalteten die Anerkennung als Arbeitnehmerinnen, die Novellierung und Umsetzung der Gesetze, die Ratifizierung der Konventionen (über Heimarbeit und Arbeitsmigration), die Respektierung der Kernarbeitsnormen und insbesondere der Gewerkschaftsfreiheit. Soziale Absicherung war ebenfalls eine klare Forderung, u.a. nach besserer und erschwinglicher Kinder – und medizinischer Betreuung. Legalisierung wurde als eine Forderung in Bezug auf die MigrantInnen genannt. Hinsichtlich der Verhaltenskodizes gab es die Forderung nach spezifischen Klauseln für informelle Arbeit und nach kompetenteren AuditorInnen.

Zielgruppen von Kampagnen sollten die ArbeiterInnen sein, die Arbeiterbewegung, die allgemeine Öffentlichkeit, darunter VerbraucherInnen, akademische Kreise u.a.m., die Behörden einschließlich der nationalen Regierungen, Arbeitsinspektionen, ILO und EU, sowie die Unternehmen einschließlich Agenturen, die EPZ-Verwaltungen, die unmittelbaren Arbeitgeber, Hersteller und Einzelhändler.

Hinsichtlich der Strategien zur Durchsetzung der Forderungen der ArbeiterInnen wurde die **Geschlechterspezifik** als besonders wichtiger Aspekt bezeichnet, der durchgehend zu berücksichtigen sei. Besondere Aufmerksamkeit erforderten die Probleme im Zusammenhang mit der **Arbeitsmigration**. Weitere spezielle Strategien bezogen sich auf **regionale Strategien** (nicht nur auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene), die **Förderung flexibler Organisationsformen** (z.B. Genossenschaften), **Bildungsmaßnahmen** wie u.a. in der Türkei, der Aufbau von **Netzwerken** der Gewerkschaften wie in Polen und Großbritannien und **Bündnissen** zwischen Gewerkschaften und NRO wie in Lateinamerika im Zusammenhang mit dem Mapping-Projekt, **Training** für Gewerkschaftsmitglieder zu Fragen der informellen Wirtschaft wie während des von WCL organisierten regionalen Seminars, **Öffentlichkeitsarbeit** unter VerbraucherInnen wie z.B. bei Eilaktionen sowie gezielte **Medienarbeit** zum Thema informelle Wirtschaft und deren Problemen.

Die Aufklärungsarbeit stelle eine wichtige Komponente aller dieser Initiativen dar. Das werde deutlich, wenn man an Kampagnen denke, die sich mit Rechtsfragen befassen, z.B. die Ratifizierung der ILO-Heimarbeitskonvention, denn dafür sei nicht nur eine auf den nationalen Gesetzgeber abzielende Kampagne, sondern auch Aufklärung erforderlich.

Die Forderungen der informellen Arbeiterinnen müssten eindeutig in den Mittelpunkt von Kampagnen gestellt werden, appellierte Jane Tate, dazu sei es notwendig, einen Prozess einzurichten, der das tatsächlich garantiere. Darüber werde noch debattiert.

Gleichfalls wichtig sei der lokale Kontext in Beziehung zu all diesen Dingen (Forderungen, Strategien, Zielgruppen).

Bezüglich der Hindernisse, die es den Arbeiterinnen erschweren, ihre Forderungen durchzusetzen, wurde Zeitmangel, bitterste Armut, Mangel an familiärer Unterstützung, Geschlechtsterror, Konkurrenz zwischen einheimischen und zugewanderten Arbeiterinnen, Angst, Apathie sowie mangelnde Fertigkeiten und Erkenntnis angeführt. Die Kampagnenarbeit wiederum wird behindert durch mangelhafte Information und Ressourcen, die Schwierigkeiten bei der Aufdeckung der Lieferketten, fehlende Öffentlichkeitswirksamkeit, den Mangel an langfristig verfolgten Strategien, Spannungen zwischen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen und den Mangel an demokratischen Freiräumen.

Bettina Musiolek von der deutschen CCC betonte: „Es ist der Begriff ‚informelle Wirtschaft‘, der die Kampagnenarbeit so problematisch macht. Die Leute denken dabei sofort an Steuerhinterziehung. Es hat den Anschein, als hätten die Menschen wirklich die Wahl und wollten eben keine Steuern zahlen. Wie verständlich machen, dass die Arbeiterinnen keine andere Wahl haben und gezwungen sind, so zu schufteln? Wie können wir das in Beziehung setzen zur Informalisierung in unseren eigenen Ländern?“

Einige Zeit debattierten die TeilnehmerInnen die Möglichkeiten, die Bildungsaktivitäten bieten, um das Lokale und das Globale besser miteinander zu verknüpfen.

Wie können Unternehmen zum positiven Handeln gezwungen werden?

Bei den spezifischen Forderungen an Unternehmen sollten die unterschiedlichen Typen von Unternehmungen beachtet werden, die innerhalb der Lieferketten zu finden sind: Einzelhändler, Markenfirmen, Agenturen und Hersteller, betonten die TeilnehmerInnen des Workshops, der zum Ziel hatte, die Forderungen an Unternehmen in Bezug auf die Rechte der informellen Arbeiterinnen zu definieren. In der strategischen Planung seien immer die Optionen zu berücksichtigen, die sich an den unterschiedlichen Stellen der Lieferkette auf tun, und dementsprechend die geeignetsten Akteure, die Forderungen in den verschiedenen Typen von Unternehmen durchzusetzen.

Die Liste der Forderungen an die Unternehmen, die die Arbeitsgruppe aufstellte, umfasste die Aufforderung an die Unternehmen, **die Beschaffungsketten in ihrer Gesamtheit zu kennen und ihre Verhaltenskodizes überall und vollständig zu verwirklichen** einschließlich der Gewerkschaftsfreiheit und des Existenzlohns sowie die **Gesetze zu respektieren**, auch hinsichtlich der HeimarbeiterInnen; **allen innerhalb dieser Ketten Beschäftigten die ArbeitnehmerInnenrechte und soziale Absicherung zuzugestehen**, die **Auswirkungen ihrer Einkaufspraktiken** auf informelle ArbeiterInnen zu überprüfen, **Transparenz** gegenüber InteressenvertreterInnen und beteiligten Gruppen sowie die Unterzeichnung, Überwachung und Umsetzung von **Rahmenkollektivverträgen**.

Die Gruppe erörterte mögliche Strategien um auf Unternehmen Druck auszuüben und diskutierte dabei den potentiellen Nutzen der Arbeit an konkreten Fällen (Eilaktionen). Hier kam man zu dem Ergebnis, dass die spezifischen Forderungen, die immer von den ArbeiterInnen selbst kommen, ausschlaggebend bei der Entscheidung seien, ob dies eine sinnvolle Strategie sei oder nicht.

Zu weiteren Einflussstrategien Unternehmen gegenüber zählte die Gruppe: Recherchen, möglicher Weise für die Erstellung eines „Schwarzbuchs“ der Unternehmen mit vormaligen negativen Beschäftigungspraktiken, die Einbeziehung des Problemfelds informelle Wirtschaft in andere Initiativen und Kampagnen, z.B. Kampagnen gegen „Preisbrecher“ (die großen Discounter), enge Koordination mit NRO und Gewerkschaften, Basisorganisationsarbeit unter den informellen ArbeiterInnen, Druckausübung auf Unternehmen mit Hilfe der multilateralen Interessengruppen (MSI), Nutzung der Rechtsweges und der Beschwerdemechanismen gegen Unternehmen, Zeugenaussagen von informellen ArbeiterInnen während der Jahreshauptversammlungen der Aktionäre, lokale Bündnisse mit ArbeiterInnen und Gewerkschaften aus anderen Industrie, mehr Visibilität für die Arbeitsplätze u.a.

Es wurde die Losung „jedeR ArbeiterIn ist beschäftigt“ erwähnt, jedoch bezweifelten die TeilnehmerInnen die Nützlichkeit einer Kampagne mit diesem Motto, die die selbstbeschäftigten ArbeiterInnen praktisch ausschließt. Kampagnenkoalitionen wie die CCC sollten sich auf ihre Stärken besinnen und ihre Ziele und Strategien darauf abstimmen, riet Jane Tate von HWW, - Aktionen für die Rechte der ArbeiterInnen entlang der Lieferketten.

Doch wie kann man diese gestalten, ohne mit Solidaritätsaktionen für die Rechte von Selbstbeschäftigten, d.h. ArbeiterInnen, die nicht Teil der internationalen Lieferketten sind, zu kollidieren? De Groof von WCL schlug vor, nicht die Unterschiede zu betonen (den Beschäftigungsstatus als abhängig bzw. selbstbeschäftigt), sondern das, was alle gleichermaßen wollen – soziale Sicherung.

Nationale Regierungen können vieles tun, um die Probleme der Arbeiterinnen zu lösen

Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich speziell mit den Forderungen an die Regierungen und deren Handlungsbedarf in Bezug auf die Rechte der ArbeiterInnen der informellen Wirtschaft auf verschiedenen Ebenen. Eine Reihe von Optionen wurden herausgestellt, Druck auf die Regierungen sowohl der Herstellerländer als auch der anderen Länder auszuüben und zwar auf nationalem, regionalem und internationalem Niveau. Zwischenstaatliche Institutionen wie ILO, Vereinten Nationen, OECD und WTO sollten ebenfalls nicht übergangen werden, so die TeilnehmerInnen dieser Arbeitsgruppe.

Sie entwickelten gemeinsam eine umfangreiche Liste mit möglichen Forderungen, die ihnen dennoch unvollständig erschien. Darin enthalten: **ArbeitnehmerInnenrechte** für die **Beschäftigten** in der informellen Wirtschaft; die Ratifizierung der ILO-Konventionen, insbesondere der Heimarbeitskonvention sowie deren praktische Umsetzung; die Ratifizierung der **VN-Konvention zum Schutze der ausländischen Arbeitskräfte**; die Umwandlung der freiwilligen **OECD-Richtlinien in verbindliches Recht**; die **Erweiterung der ILO-Konventionen**, z.B. die Konvention über Gewerkschaftsfreiheit, auf alle informellen Arbeitskräfte; die Anerkennung der Organisationen der in der informellen Wirtschaft Beschäftigten als **Sozialpartner** in Kollektivverhandlungen; **rechtliche und soziale Absicherung für alle** Arbeitskräfte in der informellen Wirtschaft; **Aufklärungsinitiativen** basierend auf Recherchen (z.B. Sensibilisierung der Arbeitsinspektionen allgemein und für die verbesserte Datenerfassung/ Statistik der informellen wirtschaftlichen Aktivitäten im Besonderen), was diese sichtbar werden ließe und Anfeindungen gegen informelle ArbeiterInnen verringern würde; **gesetzliche Verankerung der sozialen Verantwortung** der Unternehmen **für ihre gesamten Lieferketten**, auch der im Ausland und in Bezug auf Sozialaudits; die **Neuordnung der Steuerpolitik** und der **Bestimmungen für Arbeitgeber**, indem diese mit sozialer Sicherheit verknüpft werden; **Aufgreifen dieser Fragen in WTO-, bilateralen und regionalen Handelsvereinbarungen**.

Die Gruppe sammelte Ideen für Kampagnen und Lobbyarbeit, um die Verwirklichung der umfangreichen Forderungsliste voranzubringen: die Einbeziehung von AkteurInnen aus Gewerkschaften und NRO in Aktionsnetzwerke und die Sensibilisierung staatlicher Behörden und der ArbeiterInnen (was ein notwendiger Schritt vor dem Beginn der eigentlichen Lobbyarbeit für politische und rechtliche Änderungen sei). Eine wirksame Strategie sei die direkte Berichterstattung an die ILO, den UN-Menschenrechtsausschuss und ähnliche Organe, denn auf diesem Weg könne indirekt Information verbreitet und auf die Regierungen Druck ausgeübt werden, die Probleme anzuerkennen.

„Es existiert eine Fülle von Erfahrungen in der Kampagnenarbeit und in Rechtsfragen, aus der wir schöpfen müssen“, erklärte de Groof von WCL hinsichtlich der Notwendigkeit, in Netzwerken zu arbeiten.

Andere Strategievorschläge betrafen die Nutzung von gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen mit ihren Erfahrungen und Kontakten, verstärkte Medienarbeit wie z.B. bei Eilaktionen, die Schaffung von Wissensnetzwerken, die die Expertise von Akademia, Kampagnengruppen, Gewerkschaften und ArbeiterInnen nutzen, die Beteiligung von MeinungsführerInnen und PolitikerInnen, die im Wahlkampf konkrete Fragen ansprechen können. Hinsichtlich der Recherchen von staatlicher Seite wurde betont, dass es darauf ankomme, in jedem Fall ArbeiterInnenorganisationen miteinzubeziehen. Regierungen seien auch verpflichtet, zu den Berichten der Gewerkschaften an die ILO über Verletzungen der Kernkonventionen Stellung zu nehmen und das Dreiparteiensystem umzusetzen. Good governance sollte dazu dienen, die ArbeiterInnen und die Gewerkschaften zu unterstützen und nicht, ihre Verhandlungsmacht zu unterminieren.

Die Gruppe erachtete es als notwendig, dass die Gewerkschaften ihre Satzungen verändern, um sich für informelle ArbeiterInnen zu öffnen, und Strukturen und Vertretungen schaffen, die diese repräsentieren und helfen, die Arbeit in den Problemfeldern weiter zu führen.

VerbraucherInnenbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Zu Beginn konzentrierte sich die Arbeitsgruppe zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und VerbraucherInnen auf die Voraussetzungen für solche Kampagnen. Alle TeilnehmerInnen unterstützten die Ansicht, dass bei einer jeden Kampagne, unabhängig von ihrem konkreten Ziel, ein direkter Kontakt mit lokalen Organisationen unabdingbar sei, d.h. in diesem Fall – mit informellen ArbeiterInnen und –gruppen, denn nur so könne sicher geklärt werden, welches ihre Forderungen sind und welche konkreten Ziele die Kampagne verfolgen muss.

Die **ArbeiterInnen**, die **unterschiedlichen Arbeitsformen**, die verschiedenen Gruppen von ArbeiterInnen in der informellen Wirtschaft wie z.B. MigrantInnen sollten in den Informationsmaterialien **sichtbar** sein. Die Gewerkschaftsinstitute wurden aufgefordert, Kampagnen besser mit Information auszustatten.

Öffentlichkeitsarbeit müsse verständlich machen, dass Heimarbeit eine Standardproduktionsform ist, die weltweit eingesetzt wird. Daher wurde empfohlen, auch den Bezug zur einheimischen Realität herzustellen.

Die **Botschaften** an die verschiedenen Zielgruppen (und Medien einschl. Gewerkschaftsmedien) sollten klar und eindeutig sein und kein Spezialwissen voraussetzen. Z.B. sei vielen nicht geläufig, was eine ILO-Konvention oder eine Eilaktion ist.

VerbraucherInnenkampagnen sollten immer zeigen, wie die Menschen **aktiv werden** können, indem sie bestimmte Zielgruppen kontaktieren oder Eilaktionen mitmachen.

„Wenn du den Leuten ein Problem klar machst, musst ihnen auch eine Chance geben, unmittelbar selbst aktiv zu werden“, erläuterte Sam Maher von der britischen CCC.

Es folgte eine Debatte über Botschaften und wie man die Öffentlichkeit, die in manchen Ländern schon etliche Kampagnen erlebt hat, auf neue attraktive Weise engagieren kann.

„Ich habe eine Frage zur Visibilität: Wenn ich an die Leute denke, die an Kampagnen teilgenommen haben, so war es unser Ziel, die NäherInnen sichtbar zu machen. Dabei habe ich das Gefühl, sie machen keinen Unterschied zwischen formellen und informellen ArbeiterInnen.“ bemerkte de Koninck von der belgischen CCC. „Mir scheint, Ihr macht dasselbe noch einmal. Der Durchschnittsverbraucher wird sagen, ihr tischt uns die gleiche Geschichte noch mal auf. Für mich stellt sich die praktische Frage: wie die Probleme sichtbar machen, ohne sich zu wiederholen und ohne sensationell aufzubauschen? Ich spreche hier aus der Sicht der europäischen Kampagnenarbeit.“

Dazu antwortete Jane Tate von HWW: „Ich glaube, in vieler Hinsicht ist es eine Fortsetzung der bisherigen Kampagnen. Der allgemeine Schwerpunkt liegt doch darauf, dass wir etwas für bessere Arbeitsbedingungen entlang der ganzen Kette tun wollen, nur dass die Heimarbeiterinnen eben am wenigsten sichtbar sind. In dem Maße, wie immer mehr ArbeiterInnen ungeschützt bleiben, müssen wir darauf reagieren. Meiner Meinung nach sollten diejenigen unter uns, die aus Europa sind, wirklich die Heimarbeit in Europa unter die Lupe nehmen, denn davon gibt es noch jede Menge. Ich halte das nicht für eine neue Art von Kampagne.“

Kampagnen seien ein Prozess, schlussfolgerte die Gruppe, und als solcher bedürfe er immer auch einer Nachbereitung.

Für eine gemeinsame Aktionsagenda

Eines der Ziele der Fachtagung war die Formulierung konkreter Ziele und Strategien für Arbeitsrechtskampagnen zur Unterstützung der in der informellen Bekleidungswirtschaft arbeitenden Menschen. Die abschließende Beratung bot eine Gelegenheit für alle Beteiligten, aufbauend auf den Ergebnissen der vorangegangenen Workshops, einzelne Hauptziele, Schlüsselforderungen und Strategien herauszuarbeiten. Die TeilnehmerInnen wurden aufgefordert, diese Ideen innerhalb ihrer Organisationen weiter zu debattieren und zu durchdenken.

-- Die Forderung nach Unternehmensverantwortung

Als zentrale Forderung gegenüber den Unternehmen wurde die **uneingeschränkte Umsetzung des CCC-Modellverhaltenskodexes** bis hinunter zum letzten Glied ihrer jeweiligen Beschaffungsketten genannt, wobei die besondere Betonung auf dem Organisationsrecht und der Anerkennung aller Beschäftigten innerhalb der Ketten als ArbeitnehmerInnen liegt. Strategisch wichtig sei, gleichzeitig die Organisationsarbeit vor Ort durch Netzwerkverknüpfung zu unterstützen.

Dazu betonte Ana Enriquez: „Die Hauptforderung ist die Anerkennung als Lohnarbeiterinnen. Nicht einmal die Gewerkschaften wollen sie anerkennen, und solange diese ArbeiterInnen nicht die eindeutige Unterstützung durch andere Organisationen haben, die sich zu ihnen bekennen, verpufft jeder Druck, den ihr auf die Unternehmen ausübt, in der Luft.“

Als weitere Priorität wurde genannt, die Wirkung der Einkaufspraktiken der Unternehmen auf die informellen ArbeiterInnen zu untersuchen. Die Gruppe erörterte die Wichtigkeit, diese Forderungen an Unternehmen auf den unterschiedlichen Niveaus – Einzelhändler, Markenfirmen und Hersteller – zu stellen.

Die dazu vorgeschlagenen Strategieoptionen beinhalteten: die Discount-Ketten (sog. „Preisbrecher“) in einer Kampagne mit den Forderungen konfrontieren; Unternehmen über die Multi-Stakeholder-Initiativen, deren Mitglied sie sind, konfrontieren; eine Kampagne zur Anerkennung der informellen ArbeiterInnen unter der Losung „JedeR ArbeiterIn hat einen Arbeitgeber“ zu starten, wobei eine solche Losung als problematisch in Hinblick auf die selbstbeschäftigten ArbeiterInnen betrachtet wurde, weil ein Widerspruch zu Kampagnen in Unterstützung der Rechte der Selbstbeschäftigten nicht auszuschließen sei.

-- Hauptforderungen an die Regierungen/ Staaten

Die **juristische Anerkennung der informellen ArbeiterInnen** als ArbeitnehmerInnen wurde als wichtigste Forderung an die Regierungen bezeichnet. Ebenso vorrangig sei die **Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Konventionen** über Heimarbeit und Arbeitsmigration auf nationaler Ebene, gleichfalls – die Regierung zur Ausweitung **des Sozialschutzes auf alle ArbeiterInnen** einschließlich der informellen zu bewegen.

-- Prioritäten der Öffentlichkeitsarbeit

Den TeilnehmerInnen zu Folge sollten die **informellen ArbeiterInnen** und deren Rolle (n) in den Lieferketten der Öffentlichkeit in künftigen Kampagnen **besser sichtbar** gemacht werden. Außerdem sollten diese Kampagnen dazu beitragen, die **Einstellung der Öffentlichkeit** gegenüber den informellen ArbeiterInnen und deren Verständnis der **Rechte** dieser ArbeiterInnen, ihres **Rechts auf Gewerkschaftsfreiheit und Existenzlohn** zu **verbessern**.

Weitere Vorschläge bezogen sich auf die Organisierung von weltweiten Kampagnen zu diesen Themen, dabei vom Blickwinkel der Menschenrechte auszugehen, jeweils eine landesspezifische Komponente einzubauen, die die Situation in dem Land zeigt, in dem die Kampagne durchgeführt wird, bzw. die Betonung auf das allgemeine Bedürfnis nach sozialem Schutz für alle zu legen.

-- Solidariätsaktionen zu Gunsten informeller ArbeiterInnen

Hinsichtlich der Prioritäten für **solidarische Aktionen** wurde der Grundsatz betont, dass es für eine jede immer **ein Mandat gegeben** sein muss. Bestimmte NRO und Gewerkschaften haben Erfahrungen gesammelt in der Stärkung der Solidarität unter ArbeiterInnen sowie ArbeiterInnen und Öffentlichkeit. Dafür wurden solche Instrumente genutzt wie Solidaritätsaktionen in konkreten Fällen von Rechtsverstößen (Eilaktionen), Austauschbesuche von ArbeiterInnen, Unterstützung für die ArbeiterInnenbildung durch Organisieren von Informationsseminaren sowie die Schaffung öffentlichen Raumes, um die Stimmen von ArbeiterInnen hörbar zu machen (z.B. bei öffentlichen Ereignissen, während Rundreisen und in unseren Publikationen).

Fazit: Ein Schritt vorwärts im Prozess

Die Schwierigkeit, Prioritäten für künftige Aktivitäten zu definieren, wurde von allen anerkannt und einige hielten das für ein zu ehrgeiziges Ziel.

„Ich bin froh, dass es eine solche Debatte gab. Es war in der Tat schwierig“, erklärte Alejandra Domenzain von Sweatshop Watch in den Vereinigten Staaten. „Es ist gut, dass ihr die Leute drängt und Fragen stellt. Es ist einfach, die Probleme aufzuzeigen und dann Forderungen zu stellen, aber die Fragen des Wie und des Aufbaus neuer Bündnisse... Ich bin dankbar, dass ihr uns auf diese Ebene drängen wolltet. Ich sehe ein, dass dies ein Prozess ist.“

Zum Abschluss der Tagung räumte Bettina Musiolek ein, dass deren Ziele hoch gesteckt waren, denn die Lösung der Probleme der informellen Wirtschaft in der Bekleidungsindustrie sei ein komplexer Vorgang, an dem eine komplexe Reihe von Akteuren beteiligt seien.

„Ich glaube, der Weg führt geradeaus, ist aber äußerst steil“, fügte Francois Beaujolin von der Stiftung Fondation des Droits de l'Homme au Travail (FDHT) in Hinblick auf die weitere Arbeit hinzu. Er drückte seine Genugtuung darüber, dass so viele junge AktivistInnen an der Tagung teilnahmen.

Während der Eröffnungsrunde hatten die meisten TeilnehmerInnen die Hoffnung geäußert, mehr über die Bedingungen und die Organisierungsbemühungen in der informellen Wirtschaft der Bekleidungsindustrie zu erfahren und besser befähigt zu sein, diese Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. In der Einschätzungsrunde am Ende berichteten TeilnehmerInnen, dass sie während der Tagung viel über Recherchen, Organisationsarbeit und Kampagnen in den verschiedenen Erdteilen erfahren haben. Informationsaustausch und Brainstorming hätten neue Ideen für ihre künftige Arbeit generiert, und in einzelnen Fällen erschlossen sich neue Zugänge und zusätzliche Interventionsmöglichkeiten. Andere sagten, sie schöpften Kraft und Inspiration aus der Gewissheit, dass es so viele andere MitstreiterInnen gibt.

Viele begrüßten die guten Netzwerkmöglichkeiten, die sich dank der Tagung eröffneten, und sprachen sich für mehr Diskussion und Kooperation aus.

„Für mich war dies ein sehr nützliches Arbeitstreffen“, erklärte Sergejus Glovackas von der Mittel- und Osteuropa-Abteilung der IBFG, „und vielen Dank für die Kritik. Wir sehen viel Raum für konkrete Verbesserungen in unserer Arbeit. Ich sehe keine Alternative außer zusammenzuarbeiten.“

Für das Design: mögliche Zitate zum Hervorheben

„Ich sehe keine Alternative außer zusammenzuarbeiten.“ Sergejus Glovackas, IBFG

„Ich glaube, in vieler Hinsicht ist es eine Fortsetzung der bisherigen Kampagnen.“ Jane Tate, HWW

„Nach der Schließung vieler Fabriken verschwanden die Frauen aus der formellen Wirtschaft, und wenn wir uns nur mit der formellen Wirtschaft beschäftigen, können wir sie nicht finden. So hat CAW die Verbindung zwischen formeller und informeller Wirtschaft gefunden: wir verfolgen die Lebenssituationen der Frauen.“ Jini Park, CAW

“Der Beschäftigungsnachweis ist das größte Hindernis für die Organisierung.” Rohini Hensman, Union Research Group, Mumbai.

„Die Kooperation ist wichtig. Wir wollen für alle abhängig Beschäftigten da sein. Ich bin hier, um Kontakte aufzubauen und mitzuarbeiten.“ Sergejus Glovackas, IBFG

„Wenn du den Leuten ein Problem klar machst, musst ihnen auch eine Chance geben, unmittelbar selbst aktiv zu werden.“ Sam Maher, CCC - Großbritannien

Anhang 1

Internationale Steuerungsgruppe

- An de Wit - Wereldsolidariteit, Belgien e-mail: an.dewit@wsm.be
- Angela Hale - Women Working Worldwide, Großbritannien, e-mail: angela@women-ww.org
- Anneke van Luiken – IRENE, Niederlande, e-mail: AvLuijken@irene-network.nl*
- Bettina Musiolek – Evangelische Akademie Meißen/CCC Deutschland, Deutschland, e-mail: bettina.musiolek@ev-akademie-Meißen.de*
- Ivana Sindlerová - European Contact Group “Ecumenical Network for Economic and Social Action,” Tschechische Republik, e-mail: ivana.ecg@ecn.cz
- Jane Tate - HomeWorkers Worldwide, Großbritannien, e-mail: JaneTate@gn.apc.org
- Lucy Brill - HomeWorkers Worldwide, Großbritannien, e-mail: lucy@homeworkersww.org.uk
- Lynda Yanz - Maquila Solidarity Network, Kanada, e-mail: info@maquilasolidarity.org
- Mabel Au - (formerly CAW), Hong Kong, e-mail: aumeipo@yahoo.com
- Majda Sikosek - FELICITAS, Serbien, e-mail: majdasikosek@hotmail.com
- Marieke Eyskoot - Clean Clothes Campaign International Secretariat, Niederlande, e-mail: marieke@cleanclothes.org*
- Mick Duncan - No Sweat, Großbritannien, e-mail: nick@skooldog.fsnet.co.uk
- Nela Perle - Frauensolidarität, Österreich, e-mail: n.perle@frauensolidaritaet.org
- Neng Magno/Jini Park - Committee For Asian Women (CAW), Thailand, e-mail: petrat@inet.co.th; jini@caw.jinbo.net
- Nina Ascoly – Clean Clothes Campaign International Secretariat, Niederlande, e-mail: nina@cleanclothes.org*
- Phan Wannaboriboon - HomeNet Thailand und WIEGO, Thailand, e-mail: pwanabriboon@yahoo.com
- Rakawin Leechanavanickpan - HomeNet Thailand und WIEGO, Thailand, e-mail: homenet@asianet.co.th
- Simel Esim - ILO, Libanon/Turkei, e-mail: esim@ilo.org
- Sujata Gothoskar - Workers' Solidarity Centre, Indien, e-mail: sujatagothoskar@yahoo.com

**auch Mitglied des Organisationskomitees*

Anhang 2

Das Mapping Programme: Aktionsorientierte Recherche bringt mehr als bloße Information

„Es ist möglich, heim-basierte ArbeiterInnen zu organisieren“, sagt Jane Tate, Koordinatorin des Mapping-Projekts von HomeWorkers Worldwide (HWW). „Aber es ist ein langsamer Prozess, ein Schritt-für-Schritt-Prozess.“

Ein Prinzip des Mapping-Programms, eines dreijährigen aktionsorientierten Rechercheprojekts über Heimarbeit, lautet, dass die HeimarbeiterInnen ihre eigenen Organisationen schaffen, erklärte Tate unter Berufung auf die erfolgreichen Beispiele solcher Initiativen in Bulgarien und Brasilien. Das Projekt enthüllte die Diversität von Heimarbeit und die vielfältigen Varianten möglicher Organisation. So stellen beispielsweise in Südafrika Selbsthilfegruppen die Basis dar.

„Auf einer Ebene förderte das Projekt die Entwicklung neuer Gruppen. Es hat ebenfalls dazu beigetragen, die Visibilität und die Anerkennung dieser ArbeiterInnen als ArbeitnehmerInnen zu stärken, was sehr wichtig ist. Die Informationen, die das Projekt hervorbrachte, wurde auf unterschiedliche Weise genutzt, z. B. für Artikel oder Hörfunksendungen“, erläuterte Tate.

Die grundlegende Projektmethodologie war Aktionsrecherche.

„Das war ein zweiseitiger Prozess“, erklärte Tate. „Wir recherchierten horizontal und vertikal und bemühten uns, die Heimarbeiterinnen in diesen Prozess miteinzubeziehen, nicht nur beim Sammeln von Informationen oder dokumentieren, sondern sie selbst haben Befragungen, Trainings und Debatten usw. durchgeführt. Es war ein langwieriger Prozess.“

Die horizontale Recherche bedeutete herauszufinden, wo es HeimarbeiterInnen gibt, womit sie beschäftigt sind in jedem Land, in welchen Städten, Gemeinden, *favelas*, fügte Ana Enriquez, Koordinatorin des Mapping-Projekts in Mittel- und Südamerika, hinzu. In dieser horizontalen Recherche gab es auch eine Informations- und eine Trainingskomponente. Auch die Austauschbesuche waren ein wichtiger Bestandteil. In vertikaler Hinsicht sollten die Lieferketten recherchiert werden, in denen HeimarbeiterInnen eingebunden sind, sowohl für den einheimischen Markt als auch für den Export, weil das für die ArbeiterInnenorganisation bedeutsam ist, so Enriquez.

„Die vertikale Recherche half nicht nur zu verstehen, wer was arbeitet und unter welchen Bedingungen, sondern auch, welchen Platz diejenige/derjenige in der Produktionskette einnimmt. Viele arbeiten für den einheimischen Markt, aber auch für Hersteller in anderen Ländern“, sagte Tate. „Sie begriffen die Kette und zugleich, dass es sich nicht um etwas Privates oder Einzelnes handelte, sondern ein System, dass rund um die ganze Welt existiert. Und sie begriffen, wo die Schwachpunkte der Kette sind, wo man Druck ausüben und wo man sich verbünden kann.“

Ein wichtiger Aspekt des Programms war die Ausnutzung der Erfahrungen von Menschen aus dem internationalen Netzwerk, erklärte Tate. So besaß HomeNet Thailand, ein Projektpartner, schon jahrelange Erfahrungen in der Organisationsarbeit unter Heimarbeiterinnen.

„Man muss die Hoffnung wecken durch positive Beispiele, was anderswo erreicht worden ist“, berichtete Tate.

Thailand

Phan Wanabriboon, Koordinatorin von HomeNet Thailand, berichtete über das Mapping Programme in Thailand, dass die Lebensrealitäten der Heimarbeiterinnen, StraßenverkäuferInnen und Hausangestellten untersucht worden sind. Bezweckt war auch, die laufende Organisationsarbeit zu fördern und das bestehende Netzwerk auszubauen, die Probleme der informellen Wirtschaft mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken zu können und Unterstützung für politische Forderungen zu generieren.

Bei der Untersuchung der Arbeitsbedingungen galt die besondere Aufmerksamkeit der Arbeitsmigration und geschlechtsbedingten Ungleichheiten. Information über Sozialversicherung und Organisationsinitiativen wurde zusammengetragen. Wanabriboon zu Folge waren AkademikerInnen, NRO-AktivistInnen und OrganisatorInnen an der Recherche beteiligt, doch die Teams aus AktivistInnen und anderen funktionierten offensichtlich am besten. Zur Zeit überlegt HomeNet Thailand, wie die Rechercheergebnisse effektiv genutzt werden können. Insgesamt habe das Projekt die Anzahl der Mitglieder in die Höhe schnellen lassen.

In einem Folgeprojekt soll Training and Bildungsarbeit im Mittelpunkt stehen, weil beides in der Recherche als ein besonderes Bedürfnis auftauchte. Einige erforderliche Instrumente wurden bereits entwickelt und in verschiedene Sprachen übersetzt. Sie stehen allen, die es wünschen, zur Verfügung. Tate merkte an, dass viele Gruppen, die ursprünglich nicht am Projekt beteiligt waren, diese Materialien schon verwenden, und dass weitere geplant sind.

Heimarbeit in Lateinamerika

Die Hauptprobleme für HeimarbeiterInnen sind fehlende soziale Sicherung, fehlende Arbeit bzw. unverbindliche Verträge, lange Arbeitstage und geringer Lohn, erklärte Enriquez in Zusammenfassung der Erkenntnisse aus dem dreijährigen Rechercheprojekt in Mexiko, Chile, Brasilien und Bolivien.

Dabei sei zu beachten, dass die vier Projektländer jeweils andere juristische Rahmenbedingungen haben. In Mexiko und Bolivien erstreckte sich das Arbeitsgesetz auch auf HeimarbeiterInnen, während sie in Brasilien und Chile nur begrenzte Rechte hätten.

Enriquez selbst war in Tijuana, Mexiko, von 2001 – 2004 involviert. Zu Beginn des Projektes waren die Arbeiterinnen nicht organisiert und am Ende hatten sie eine Selbsthilfegruppe gegründet.

„Die Arbeiterinnen schufen die Organisationen so, wie sie es für sich entschieden, und im Fall von Mexiko wollten sie keine Gewerkschaft“, führte Enriquez aus. „In Chile entschieden sie sich für Gewerkschaften. Zuerst bilden sie eine Gruppe und dann lassen sie sich gemäß dem chilenischen Arbeitsgesetz als Gewerkschaft eintragen, was recht langwierig sein kann. So kamen die selbstbeschäftigten und die UnterauftragsarbeiterInnen zusammen, und das ist recht interessant.“

Die Arbeiterinnen, mit denen sie während des Projekts in Tijuana Kontakt hatten, kamen aus ländlichen Gegenden und arbeiteten in Unterauftrag und selbstbeschäftigt. Mitunter arbeiteten die Frauen in verschiedenen Jobs gleichzeitig, z.B. die Kombination von Heimarbeit mit einem anderen informellen Job wie Putzen oder mit Arbeit in den *maquilas*.

Enriquez gegenüber erklärten die Frauen, dass sie die Heimarbeit wählten, weil es für sie bequemer sei und sie sich um die Familien kümmern könnten.

Mit dem Auslaufen des Mapping-Projekts in dieser Region wird ein Buch erscheinen, das all die Erfahrungen dokumentiert und als eine Art regionales Zentrum zusammenfasst.

Heimarbeit in Osteuropa

Das HWW-Mapping-Projekt begann in Mittel- und Osteuropa (MOE) im März 2002, als Teilnehmerinnen aus sieben Ländern der Region in Bulgarien zusammenkamen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und von denen anderer Regionen wie Asien und Lateinamerika zu lernen.

Danica Pop-Mitic von Felicitas in Serbien berichtete über kleinere Recherchen in Estonien, Tschechische Republik, Rumänien und Slowakien, die ergaben, dass es dort Heimarbeit sehr wohl gibt und dass sie offensichtlich weit verbreitet ist, besonders in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhwarenindustrie.

In Bulgarien, Serbien und Litauen wurden ausführlichere und langfristige Recherchen, darunter auch horizontale und vertikale Recherche sowie Organisationsarbeit, ausgeführt. Pop-Mitic erläuterte, dass die horizontale Recherche zuerst die selbstbeschäftigten Arbeiterinnen erfasste, weil diese einfacher zu finden sind als die abhängig arbeitenden Unterauftragnehmerinnen. Ein wichtiger Aspekt sei die internationale Verknüpfung gewesen, die dank Workshops und Besuchen gelang.

- Informelle Bekleidungs- und Schuhproduktion in Bulgarien

Im bulgarischen Petritsch arbeiten schätzungsweise 5000 HeimarbeiterInnen hauptsächlich für griechische und italienische Unternehmen, berichtete Rozalina Ivanova, Koordinatorin von Kaloian, eines Heimarbeiterinnenvereins, der sich an dem HWW-Projekt beteiligte.

Es gibt vier Hauptbeschäftigungen in der Heimarbeit: die Oberseiten von Schuhen zusammennähen, Applikationen und Perlenstickereien auf Bekleidung, Trage- und Damenhandtaschen zusammennähen, und seit Kurzem – Fäden versäubern an Bekleidung, die in den Nähfabriken am Ort hergestellt wird, sagte Ivanova. Die Arbeit wird von UnterauftragnehmerInnen verteilt, und zwar an Frauen, die in der Stadt oder Umgebung keinen Job finden können bzw. kleine Kinder zu betreuen haben. Manchmal haben die Frauen auch einen regulären Job,

bekommen aber entweder nichts oder nur einen Teil ihres Lohns ausgezahlt und brauchen die Arbeit um zu überleben.

Die Heimarbeiterinnen müssen sich ihre Arbeit in den Fabriken abholen und haben Abgabefristen einzuhalten. Die Frauen, die die Lederoberseiten von Schuhen nähen, bekommen das Material nachmittags um fünf Uhr und müssen die fertigen Teile am nächsten Morgen um 10 Uhr abliefern, und die Strafen für Verspätung oder schlechte Qualität sind hart, berichtete Ivanova.

„Die Menschen, die in Heimarbeit tätig sind, haben ernsthafte Probleme“, erklärte Ivanova, die selbst seit eine vier Jahren Heimarbeiterin ist. Der Lohn sei gering, nicht mehr als der Mindestlohn, gesetzt, frau arbeitet 12 – 16 Stunden am Tag.

„Es gibt eine Schuhfabrik... wo es 25 Cents pro Paar Schuhe gibt, im Laden werden dieselben Schuhe für 150 Dollar verkauft. Die Unterauftragnehmer behandeln die Frauen nicht wie Menschen, für sie haben sie Nummern, keine Namen.“

„Über Rechte wagt niemand zu reden. Z.B. sind es gewöhnlich zehn Paare Schuhe, die man über Nacht fertig stellen muss. Wenn der Boss einer Frau 15 Paare gibt, kann sie nicht einfach nein sagen, weil er ihr dann androht, gar keine Arbeit mehr zu geben.“

Die Frauen müssen bereit sein, jederzeit zu arbeiten, erläuterte Ivanova, und wenn es keine Aufträge gibt, bekommen sie nichts zugeteilt und haben auch kein Einkommen.

Heimarbeiterinnen sind ohne Sozialversicherung. Es kommt oft vor, dass sie für dieselbe Arbeit unterschiedlich entlohnt werden. Frauen auf dem Dorf verdienen weniger als Frauen in der Stadt.

In Bulgarien gibt es außer den Heimarbeiterinnen noch tausende Frauen, insbesondere in der Bekleidungs- und Sportshuhindustrie, die in kleinen informellen Nähstuben arbeiten, fügte Ivanova hinzu.

„Allein in Petritsch gibt es davon 54, die meisten arbeiten illegal.“ Ivanova sagte, dass die Gewerkschaften bislang auf die Bitte, mit Kaloian zusammenzuarbeiten, nicht positiv reagiert haben, unter dem Vorwand ‚Für euch haben wir keine Zeit‘.

Heimarbeiterinnen zu organisieren ist ein langwieriger und langsamer Prozess, sagte Ivanova. Stundenlange Gespräche seien nötig, doch das blieb nicht erfolglos. Als z.B. ein griechischer Unterauftragnehmer ohne Ankündigung den Stücklohn kürzen wollte, verweigerte die Hälfte der Heimarbeiterinnen die Arbeit. Deshalb konnte er seine Lieferfrist nicht einhalten.

„Er bekam seinen LKW nicht voll und konnte nichts nach Griechenland schicken“, erzählte Ivanova. „Es blieb ihm nichts anderes übrig als zum alten Preis von 7 Leva zurückzukehren und die Heimarbeiterinnen nahmen die Arbeit wieder an. Das war unser erster gemeinsamer Erfolg. Ein anderes Problem ist die unterschiedliche Entlohnung für dieselbe Arbeit. Wir gehen auf die Dörfer, wo die Frauen für das Schuhenähen weniger bekommen als Frauen in der Stadt, und treffen uns mit ihnen. Wir sprechen über die Arbeit und andere Dinge und ermutigen sie, sich auch zu organisieren. In einem Dorf ist es den Frauen gelungen, einen höheren Preis auszuhandeln und jetzt erhalten sie genauso viel wie in der Stadt. In anderen Dörfern setzen wir unsere Bemühungen fort.“

Pop-Mitic verallgemeinerte die Erkenntnisse der Recherche- und Organisationsarbeit in MOE wie folgt:

- a. Heimarbeit ist auf Grund der sozialen und politischen Veränderungen in den Transformationsländern zu einer dominierenden Arbeitsform geworden.
- b. Selbstbewusstsein und wirtschaftlich-politische Realität ändern sich nicht in demselben Maße
- c. Es gibt zwei Hauptgruppen von Heimarbeiterinnen in den ehemaligen sozialistischen, heute Transformationsländern: (1) Arbeiterinnen, die nirgendwo anders beschäftigt sind und für die die Heimarbeit der einzige Job ist und (2) Arbeiterinnen, die formell in einem staatlichen Betrieb arbeiten, jedoch
 - jahrelang zwangsbeurlaubt sind oder selten zur Arbeit gehen, weil nichts oder ganz wenig produziert wird
 - selten (ein-zweimal im Jahr) bzw. gar keinen Lohn bekommen
 - für die etliche Jahre keine Rentenversicherungsbeiträge und andere Sozialabgaben (vom Arbeitgeber) gezahlt wurden

- sie wollen nicht kündigen, weil sie auf die Rückkehr der “alten Zeiten” hoffen, als die Beschäftigung in einer staatlichen Firma die Job-Sicherheit für die ArbeiterInnen bedeutete
 - zwischenzeitlich von Heimarbeit leben, die sie aber nur als temporär und sich selbst nicht als Heimarbeiterinnen betrachten
- d. Heimarbeiterinnen benötigen Wissen, Information und Unterstützung, um untereinander Beziehungen aufzubauen und ihre Verhandlungsmacht zu stärken
- e. Die wahre wirtschaftliche und soziale Lage der Heimarbeiterinnen ist nicht immer offensichtlich und die Armut ist verdeckt.

Nähere Einzelheiten über das HWW-Mapping-Programm sind einzusehen unter <http://www.homeworkersww.org.uk/>.

Anhang 3

Tagungsprogramm

Kampagnenstrategien zur informellen Arbeit in der globalen Bekleidungsindustrie

23. – 25. September 2004 - *Evangelische Akademie Meißen, Deutschland*

Ziel: Informationsaustausch über (1) die aktuellen Probleme der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft der Bekleidungsindustrie und (2) Organisations- und Kampagnenarbeit sowie andere Initiativen mit Beteiligung dieser ArbeiterInnen bzw. zu deren Unterstützung sowie (3) die Formulierung konkreter Ziele und Strategien für Arbeitsrechtskampagnen in Solidarität mit den informellen BekleidungsarbeiterInnen

TeilnehmerInnen: Organisationen, die sich für die Arbeitsrechte engagieren, VertreterInnen von relevanten Organisationen aus den Ländern mit informeller Bekleidungsproduktion

Hintergrund:

Es gilt als allgemein anerkannte Tatsache, dass die Produktion von Bekleidung und Sportschuhen durch verschiedene Formen von Unterauftragsvergabe (Subcontracting) zunehmend flexibilisiert und dezentralisiert wird. UnterauftragsnehmerInnen operieren ihrerseits verstärkt in der informellen Wirtschaft, d.h. in die Produktion werden mehr und mehr Arbeitsplätze und Erwerbstätige involviert, die marginalisiert und von der offiziellen Wirtschaft, Gesellschaft und Regularien abgekoppelt oder ausgeschlossen sind. Die BekleidungsarbeiterInnen der informellen Wirtschaft sind meistens Frauen, oft Migrantinnen, die als Arbeitnehmerinnen nicht anerkannt und daher ungeschützt sind, sich nicht frei organisieren können, die unter Bedingungen zu arbeiten gezwungen sind, die weit unter den internationalen Standards liegen, und deren Arbeitsplätze oft als illegal eingestuft werden. Es wäre ein Understatement zu sagen, dass sie bei jedem Versuch, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, einer Wucht von Problemen ausgesetzt sind.

Angesichts der bedeutenden (und anwachsenden) Rolle der informellen Wirtschaft in der Bekleidungs- und Sportwarenproduktion und der besonders verwundbaren Lage der ArbeiterInnen innerhalb der Beschaffungsketten haben zunehmend mehr Arbeitsrechtsgruppen auf diesem Gebiet ihre Anstrengungen intensiviert, darunter auch internationale Solidaritätsnetzwerke wie die Clean Clothes Campaign (CCC). Auch wenn inzwischen die Schlüsselrolle der informellen Wirtschaft in der Bekleidungs- und Sportwarenbranche kaum noch bestritten wird, vertreten Kampagnenorganisationen wie die CCC die Auffassung, dass strategische Überlegungen, wie internationale Solidaritätsaktionen bestmöglich den Kampf der ArbeiterInnen gegen Arbeitsrechtsverletzungen in der informellen Wirtschaft unterstützen können, bislang unzureichend sind. So hat die CCC erklärt, dass die informelle Wirtschaft im Kontext aller CCC-Aktivitäten zu berücksichtigen ist, doch sind konkrete Prioritäten, Zielgruppen, Forderungen und andere strategische Fragen bislang auf Netzwerkebene nicht eingehend debattiert worden (s. u.a. „Clean Clothes Hinzergrundpapier: Evaluation der CCC“, Ascoly und Zeldenrust, Dez. 2000; „Internationale Tagung der Clean Clothes International, Barcelona 2001“, Ascoly und Zeldenrust, Juli 2001). Das bedeutet allerdings nicht, dass nicht bereits Forderungen an die Industrie gestellt wurden, die gegenwärtigen Bedingungen in der informellen Wirtschaft zu verbessern (z.B. im Rahmen der CCC-Olympiakampagne 2004, als die Forderung gestellt wurde, dass Sportwarenlieferanten und Manager allen Kategorien von ArbeiterInnen legale Beschäftigung und die entsprechenden Leistungen gewähren), aber die gesamte Problematik müsste nachdrücklicher auf die Tagesordnung gestellt werden.

Diese Fachtagung soll dazu dienen, die AktivistInnen auf dem Gebiet der Arbeitsrechte in der Bekleidungsindustrie mit denen zusammenzubringen, die die informelle Wirtschaft recherchieren und die dort Organisationsarbeit leisten. Sie ist als Raum für den Austausch von Informationen und Erfahrungen speziell in der Bekleidungsindustrie konzipiert, in der Hoffnung, dass diejenigen, die einen besseren Einblick in die Wirklichkeit und die Bedürfnisse der informellen ArbeiterInnen haben, dies mit denen teilen, die – wie die CCC – an strategisch sinnvollen und wirksamen Solidaritätskampagnen in Unterstützung des Kampfes dieser ArbeiterInnen arbeiten. Somit bietet die Tagung eine neue Chance, den Dialog über die Probleme im Zusammenhang mit der informellen Wirtschaft zwischen diesen Organisationen zu vertiefen und sich einer gemeinsamen Aktionsagenda anzunähern und unter Umständen sogar konkrete Ziele und Strategien für Kampagnen zu generieren.

23. September – Begrüßung und Einführung

- 14.00 Registration und Kaffee & Kuchen
- Moderation: Regina Barendt, INKOTA-netzwerk e.V. (INKOTA)
- 15.00 **Begrüßung und Einführung**
Bettina Musiolek, Evangelische Akademie Meißen
- Erläuterung der Motive und Ziele der Tagung sowie des Vorbereitungsprozesses (die Rolle der Steuerungsgruppe)
 - Erläuterung des Programmaufbaus
- 15.20 **Vorstellungsrunde**
Die TeilnehmerInnen stellen sich vor und teilen ihre Erwartungen an die Tagung mit
- 16.15 *Pause*
- 16.30 **Einführung in die Themen und den Kontext**
Podiumsgespräch
- Was ist die informelle Wirtschaft (Definitionen, Zahlen, Formen, Diskurse usw.), warum [Frauen] ArbeiterInnen zunehmend in informelle Arbeitssituationen geraten [15 Min.] – *Jini Park, Committee of Asian Women (CAW)*
 - Die Rolle der informellen Wirtschaft in der Bekleidungsindustrie (Inland, internationale Produktionsnetzwerke, Einlaufspraktiken) [15 Min.] – angefragt: *Camille Warren, Women Working Worldwide (WWW)*
 - Überblick über existierende Organisationen (Gewerkschaften, ArbeiterInnenorganisationen, NRO, internationales Solidaritätskampagnen, ILO usw.), die sich mit der Problematik befassen, Herangehensweisen und Aktivitäten (mit Erfolgsbeispielen) [15 Min.] – *Jini Park (CAW), Jane Tate, HomeWorkers Worldwide (HWW)*
- 17.15 **Fragen und Antworten sowie Diskussion**
- 18.00 **Informelle Arbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie der "Euro-Region" in Südost-Deutschland, Südwest-Polen und Nord-Tschechische Republik**
Stephan Hennig, IG Metall-Büro Bautzen
- 18.15 *Abendessen*
Danach Freizeit – gegenseitiges Kennenlernen, Videos usw.

Moderation: Regina Barend (INKOTA)

9.00 **Begrüßung und Einführung in den Tag**

Einschließlich Ziele und Methoden – *Anneke van Luijken, IRENE*

9.15 Einführung: die hauptsächlichsten Probleme der ArbeiterInnen in der informellen Wirtschaft

(*Podiumsgespräch* – die Diskussionsbeiträge sollen den vergeschlechtlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen Rechnung tragen) *Themen:*

- Der juristische Kontext (bezüglich des Rechtsstatus als ArbeitnehmerInnen, Beschäftigungssicherheit, soziale Sicherheit, Zusatzleistungen, Status von ArbeitsmigrantInnen/ArbeiterInnen ohne Arbeitserlaubnis) – *Anneke van Luijken, IRENE* [15 Min.],
- Schwierigkeiten in der Organisationsarbeit – *Rohini Hensman, Union Research Group, Mumbai* [15 Min.]
- Trends in der Bekleidungsindustrie (Bsp. coMin.g Restrukturierung als Folge des Auslaufens der Quoten - *Ingeborg Wick, Südwind-Institut* [15 Min.]

10.10 **Fragen & Antworten sowie Diskussion**

10.45 *Pause für Kaffee und Tee*

11.00 **Aufklärung über die informelle Arbeit in der Bekleidungsindustrie**

Einführung; wie Recherchen als Grundlage für Aufklärungsarbeit genutzt werden können, der Bedarf an Information, Informationslücken und warum es sie gibt, plus Einführung in das Rechercheprogramm von *HomeWorkers Worldwide (HWW)* – „mapping programme“ – *Jane Tate, HWW*

11.15 *Vorstellung der Rechercheergebnisse*

- Nord- und Südamerika [10+10 Min. F&A] – *Ana Enriquez, HWW Mexico*
- Asien [10+10 Min. F&A] – *Phan Wanabriboon, Homenet Thailand*
- Ost- und Mitteleuropa [30+10 Min. F&A] – *Rozalina Ivanova (zu Bulgarien; HWW), Alvyda Purauskute (zu Litauen; Local Labour Exchange), Danica Pop-Mitic (Zusammenfassung für die Region; Felicitas)*

12.35 *Mittagessen*

Moderation: Peter Pennartz (IRENE)

13.30 **Erfahrungen der ArbeiterInnen**

Podiumsgespräch

Aufbauend auf den Erfahrungen der ArbeiterInnen sollen Prioritäten für internationale Solidaritätskampagnen abgeleitet werden. Wenn möglich, werden die Redner gebeten, Vorschläge für konkrete Unterstützung laufender Initiativen oder spezifische Interventionsmöglichkeiten seitens der Kampagnen zu unterbreiten.

ArbeiterInnen/InteressenvertreterInnen aus:

- Asien [20+10 Min. F&A] – *Irene Xavier*
- Mittel-/Osteuropa [20+10 Min. F&A] – *Sergejus Glovackas, International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) Litauen*
- Türkei [20+10 Min. F&A] – *Ayse Uras und Dilek Hattatoglu, Turkish Working Group on Women Homebased Workers*

15.00 *Pause*

16.00 **Spezifische Probleme**

Die TeilnehmerInnen formieren sich in Arbeitsgruppen und diskutieren Ideen und Erfahrungen hinsichtlich spezifischer Probleme in der informellen Bekleidungsindustrie:

- Vereinigungsfreiheit (moderiert von *Jürgen Klute, Urban and Industrial Mission - KDA*)
- Rechtsstatus (moderiert von *Esther de Haan, CCC*)

- die Rechte der ArbeitsmigrantInnen (moderiert von *Alejandra Domenzain, Sweatshop Watch*)
- Stellenwert von Verhaltenskodizes/ Monitoringinitiativen (moderiert von *Jeffrey Raffo, Organizing and Campaigning Working Group - OrKa*)
- Heimarbeit (*Rita Vandeloo, Wereldsolidariteit*)

Bei der Bearbeitung der Themen bringen die TeilnehmerInnen ihre Erfahrungen ein (bitte Erfolgsbeispiele nennen!) Gleichzeitig sollten sie in Betracht ziehen, auf welche Weise Kampagnenarbeit zu Fortschritten beitragen kann. Die Hauptforderungen erscheinen als Teil der Gruppenergebnisse.

17.30

Berichterstattung

Jede Arbeitsgruppe präsentiert die drei wichtigsten Ergebnisse der Diskussion, diese dienen am nächsten Tag als Input.

18.15

Abendessen

Gestaltungsmöglichkeiten am Abend:

Besuch des örtlichen Weinfestes, Besuch von Dresdens berühmtem Barockzentrum

25. September – Kampagnenarbeit

Moderation: Peter Pennartz (IRENE)

9.00

Begrüßung und Einführung in den Tag

Einschließlich Ziele und Methode – Marieke Eyskoot, CCC

9.10

Überblick über die Kampagnenarbeit zur globalen Bekleidungsindustrie: Erfahrungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der informellen Wirtschaft

Esther de Haan, CCC

9.30

Visionen der Kampagnenarbeit

Diskussion unter Leitung von Frieda de Koninck (CCC Belgien Nord) mit Input aus dem Hintergrundpapier und der vorausgegangenen Arbeitsgruppen

- Welches sind die Hauptziele? [20 Min.]
- Welches sind unsere Hauptforderungen? [20 Min.]
- Welche Verantwortung tragen die einzelnen Akteure/ Interessengruppen (NRO, Gewerkschaften u.a.)? [15 Min.]
- Welche Instrumente und Methoden können wir nutzen im Kontext der informellen Bekleidungsindustrie (System der Eilaktionen)? [20 Min.]

10.45

Pause für Kaffee und Tee

11.00

Kampagnenarbeit zur informellen Wirtschaft

Arbeitsgruppen debattieren Strategien und Ziele, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Gruppen vom Vortag sowie der unterschiedlichen Rollen von Interessenvertretern wie Gewerkschaften und NRO:

Aufklärung der VerbraucherInnen (Nico de Beukelaer, Wereldsolidariteit)

- Welches sind die spezifischen Forderungen an die VerbraucherInnen?
- Wie können die Probleme an die VerbraucherInnen herangetragen werden?
- Welche Kampagnenstrategien, Methoden und Instrumente unterstützen das?

Lobbyarbeit vis-à-vis Regierung / ILO usw. (Wim de Groof, World Confederation of Labour - WCL)

- Welches sind die spezifischen Forderungen an die Regierungen?
- Welches sind sinnvolle Lobbystrategien?
- Welche Kampagnenstrategien, Methoden und Instrumente unterstützen das?

Kampagnen vis-à-vis Unternehmen / MSIs (Mick Duncan, No Sweat)

- Welches sind die spezifischen Forderungen an Unternehmen / MSIs?

- Welchen Nutzen bringt die Bearbeitung von Fällen [Gebrauch von Eilaktionen]?
- Wie läßt sich eine sektorweite Lösung erarbeiten [Verhaltenskodizes?]/ Auswirkung der Einkaufspraktiken?
- Welche Kampagnenstrategien, Methoden und Instrumente unterstützen das?

12.30

Mittag

13.30

Berichterstattung

Jede Arbeitsgruppe präsentiert die drei wichtigsten Ergebnisse der Diskussion, diese dienen als Input für die nächste Sitzung.

14.15

Aktionsagenda: Konkrete Vorschläge für Sofortaktionen und Kooperation

Moderator: Sam Maher, Labour Behind the Labour

Mit Bezug auf die vier CCC- Arbeitsfelder

- Solidarische Aktion
- VerbraucherInnenaufklärung
- Lobby für die Rechte
- Druck für Unternehmensverantwortung

15.30

Pause für *Kaffee / Tee*

16.00

Fortsetzung: Aktionsagenda

17.00

Zusammenfassung

Bettina Musiolek, EA

Zusammenfassung der Tagung, Einschätzung und Nachbereitung

17.30

Ende der Tagung

Anhang 4

TeilnehmerInnenliste

| |
|---|
| Thailand Phan Wanabriboon – Koordinatorin von HOMENET THAILAND Jini Park / CAW – COMMITTEE FOR ASIAN WOMEN |
| Indien Rohini Hensman, Union Reseach Group, Mumbai, INDIA |
| Sri Lanka Irene Xavier, TIE – ASIA |
| Mexiko Ana Enriquez, Homeworking Worldwide Mapping Project in Mexiko |
| Guinea Sow Kadiatou, Textilarbeiterföderation, Generalsekretärin von FSPTCA |
| Polen Ania KaMin.ska, KARAT-coalition, Sekretariat, Warschau – Koordinatorin des Train the Trainers-Projekt für Polen Bozena Wtulich Solidarnocs, Textil-/Bekleidungsindustrie („Leichtindustrie“) Boleslaw Bartnik, NSZZ Przemyslu Lekkiego |
| Bulgarien Zvetomira Lenkova, Bulgarian-European-Partnership Association BEPA Rozalina Ivanova, Kaloian/Homeworkers Worldwide Stoyanka Min.kova – Dolmetscherin, Stiftung “Ideas and Values” |
| Rumänien Mariana Petcu, AUR-Association of Human Ressources Specialists – Koordinatorin des Train the Trainers-Projekt für Rumänien |
| Serbia/ Monte Negro Danica Pop-Mitic, FELICITAS |
| FYR Mazedonien Katerina Milenkova, Women’s Organization-Stip – Koordinatorin des Train the Trainers-Projekt für FYROM |
| Litauen Alvyda Porauskyte, Organisation: Local Labour Exchange (Arbeitsbehörde) Sergejus Glovackas, IBFG- MOE-Department |
| Turkei Dilek Hattatoglu, Dozentin, Soziologie-Department, Mugla-Universität, Kotekli/Mugla, Turkei Ayse Uras, Koordinatorin des Train the Trainers-Projekt für die Turkei Ercument Celik, Uni-Freiburg, Institute für Soziologie \ Global Studies Programme. |
| Schweden Johanna Ritscher, Red Cross Youth Organisation |
| Schweiz Karen Pape GLOBAL LABOUR INSTITUTE und WIEGO |
| Großbritannien Sam Maher - Labour Behind the Label |

| |
|---|
| Mick Duncan / NO SWEAT Camille Warren , WOMEN WORKING WORLDWIDE Jane Tate HOMEWORKERS WORLDWIDE |
| Belgien Nord Wim De Groof – WVA - World Conf. of Labour (WCL) Rita Vandeloo and Nico de Beukelaer / WERELDSOLIDARITEIT– ACV Gewerkschaftsgruppe Frieda de Koninck , Schone Kleren Campagne, Belgien |
| Niederlande Nina Ascoly, Marieke Eyskoot, Esther de Haan , Clean Clothes Campaign, International Secretariat Ruth Vermeulen , FNV Mondiaal Peter Pennartz, Anneke van Luijken IRENE |
| Frankreich Francois Beaujolin , FDHT Genf/Paris |
| Vereinigte Staaten Alejandra Domenzain / SWEATSHOP WATCH |
| Deutschland Jürgen Klute , KDA/ Städtische und Industriemission Ingeborg Wick , Südwind-Institut Stephan Hennig , IG Metall, Regionalbüro Sachsen, Bautzen Marlis Dahne , IG Metall, Berlin Regina Barendt , INKOTA-network + Ko-Koordinator des Train The Trainers-Projekts in Mittel- und Osteuropa Evelyn Bahn , INKOTA network, Berlin Martin Zuber , Ökumenisches Zentrum, Dresden Jeffrey Raffo , Kampagnenorganisator, OrKa - Organizing & Campaigning Working Group, Dortmund Bettina Musiolek , Evangelische Akademie, Meißen |

Dolmetscher:

Bojan Stanislawski – Polnisch/Englisch

Jaqueline Fabre – Französisch/Englisch

Ilia Tabere – Russisch/Englisch